

Die ostpolitischen Vorstellungen im deutschen Widerstand*

Klaus Hildebrand

I. Fragestellung und Probleme

Das Thema „Die ostpolitischen Vorstellungen im deutschen Widerstand“ ist in begrifflicher und methodischer Hinsicht folgendermaßen zu erläutern:

1. Unter dem Begriff des „deutschen Widerstandes“ werden in diesem Zusammenhang einmal die Mitglieder der Goerdeler-Beck-Hassell-Gruppe und zum anderen die des Kreisauer Kreises verstanden. Trotz vergleichsweise deutlich erkennbarer Unterschiede in den innen- und verfassungspolitischen Vorstellungen, die beispielsweise die eher „hochkonservativ“ gesonnenen Vertreter wie Popitz und von Hassell von den übrigen, liberal-konservativ orientierten „Honoratioren“ um Beck und Goerdeler im einzelnen getrennt haben mögen¹, dürften im Bereich der außenpolitischen Ideen die Übereinstimmungen ihres Denkens überwogen haben. Sie schlugen sich nicht zuletzt darin nieder, daß sie an der Idee des Nationalstaates als dem verbindlichen Bezugspunkt ihrer außenpolitischen Gedankenbildung und ihres außenpolitischen Handelns festhielten, allerdings im Rahmen eines sich auf seine Gemeinsamkeiten besinnenden, enger zusammenrückenden Europa. Daher erscheint es angemessen, diese Gruppe im Hinblick auf ihre außenpolitischen Vorstellungen als Einheit anzusehen und zu behandeln.

Charakteristische Unterschiede lassen sich auch im Kreis der Kreisauer feststellen. Ihr professionell mit Außenpolitik beschäftigter Repräsentant, der Diplomat Adam von Trott zu Solz, war beispielsweise viel weniger konsequent dazu bereit, sich vom Nationalstaatsgedanken zu lösen², als es für die zentrale Persönlichkeit dieser Gruppe, den Kreisauer Grafen Moltke, der Fall war, dessen Überlegungen nationalstaatliche Organisationsformen im herkömmlich überlieferten Sinne hinter sich gelassen hatten.³

Daß diese beiden Zweige des deutschen Widerstandes gegen Hitler, die unter dem Zwang, den Tyrannen gemeinsam zu überwinden, im Zeitraum zwischen 1941/42 und 1944 mehr und mehr zusammenzufinden suchten und dabei auch im außenpolitischen Bereich Kompromisse zu schließen bemüht waren, im Mittelpunkt der Ausführungen stehen, hat folgende Gründe:

Beide Gruppierungen sind im Hinblick auf ihre außenpolitischen Vorstellungen besser erforscht, als dies für den kommunistischen Widerstand bislang geschehen ist. Dies mag in nicht unerheblichem Maße daran liegen, daß sowohl die Beck-Goerdeler-Hassell-Gruppe

als auch der Kreisauer Kreis eigenständig daran gingen, Deutschlands und Europas Zukunft zu entwerfen, ohne dabei von einer auswärtigen Macht abhängig zu sein und ohne sich einer vergleichsweise festgefügte weltanschaulichen Orthodoxie verpflichtet zu fühlen. Da ihnen eine ideologisch vorgegebene Zukunftserwartung fehlte, waren sie in fortwährender gedanklicher Auseinandersetzung damit beschäftigt, Entwürfe und Planungen zu erörtern, zu korrigieren und zu ergänzen. Zwar vollzog sich dies vor dem Hintergrund traditioneller Wertvorstellungen, die jedoch nicht zuletzt auch im außenpolitischen Feld durch die zeitgenössischen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und seiner Kriegs-, Besatzungs- und Rassenpolitik immer wieder in Zweifel gezogen wurden. Hinzu kam, daß auch die „Honoratioren“ nicht daran dachten, sich allein in einer Rückwendung bzw. Reaktion zu den inzwischen teilweise fragwürdig gewordenen außenpolitischen Maßstäben der Hohenzollernmonarchie zu erschöpfen. Vielmehr strebten sie danach, im Sinne des Bismarckschen Erbes stets die „politische Gesamtsituation“ Europas angemessen einzuschätzen. Diesen Vorschuss erst zu nehmen, ließ sie jedoch beständig mit dem letztlich nicht angemessen gelösten Problem kämpfen, die Zeitgemäßheit ihrer Überlegungen nicht in unbefangenen Vergleich und im internationalen Rahmen prüfen zu können. Denn die Verbindungen zum westlichen Ausland waren ebenso schwierig und im Grunde spärlich, wie die zur Sowjetunion fast unmöglich und für den gewünschten Vergleich auch kaum erstrebenswert waren.⁴ Nicht zuletzt auch diese sehr hoch zu bewertenden Schwierigkeiten waren es, die die Mitglieder des deutschen Widerstandes immer wieder dazu zwangen, sich in schriftlicher Form über den Stand ihrer Gedanken- und Meinungsbildung Rechenschaft abzugeben. Diese Notwendigkeit brachte für den nachlebenden Historiker den Vorteil, daß uns Quellen zur Verfügung stehen, die für den Fall einer Beseitigung Hitlers die außenpolitischen Zukunftsvorstellungen der verschiedenen Gruppen und Personen spiegeln.

Damit ist nun keineswegs gesagt, daß es nicht von wissenschaftlichem Interesse wäre, auch die außenpolitischen Vorstellungen des kommunistischen Widerstandes zu betrachten. Allein, die Quellenlage scheint dafür aus verschiedenen Motiven heraus ungünstiger zu sein, was darauf hindeuten kann, daß für den Widerstand der Kommunisten andere politische Prioritäten bestanden und Abhängigkeiten maßgeblich waren.⁵ Die in Deutschland aktiv Widerstand leistenden kommunistischen Gruppen haben sich wohl stärker, wenn auch nicht ausschließlich, auf die täglich anfallenden Arbeiten ihrer konspirativen Tätigkeit konzentriert.⁶ Zukunftsvorstellungen ergaben sich dagegen ihrer Überzeugung gemäß aus einer alles Prinzipielle erklärenden und regelnden Ideologie. Ihre praktische Anwendung, vor allem aber ihre außenpolitische Gestaltung wurden nicht zuletzt von der einschränkungslos anerkannten Führungsrolle der Sowjetunion vorgeschrieben, so daß man selbständiger Planung in diesem Bereich eher enthoßen war und dafür alle Kräfte auf den sog. antifaschistischen Kampf verwenden konnte. Sein Sinn und seine Berechtigung standen für den kommunistischen Widerstand im Gegensatz zu den die „bürgerlichen“ Widerstandskämpfer immer wie-

* Im folgenden handelt es sich um den erweiterten und um Anmerkungen ergänzten Text des Referats, das zuerst veröffentlicht wurde in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 29. Jg. 1978, H. 4, S. 213-241.

¹ Siehe dazu die sehr pointierten Ausführungen bei: H. Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes. In: W. Schmitthenner/H. Buchheim (Hrsg.): Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Köln/Berlin 1966, S. 116 u. S. 132.

² H. Rothfels: Trott und die Außenpolitik des Widerstandes. Dokumentation. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 12 (1964), S. 300 ff., bes. S. 302.

³ G. van Room: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung. München 1967, S. 448 ff., bes. S. 452 und: F. von Moltke/M. Balfour/J. Fröby: Helmut James von Moltke 1907-1945. Anwalt der Zukunft. Stuttgart 1975, S. 245 ff.

⁴ Vgl. dazu U. von Hassell: Vom ändern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944. Freiburg i. Br. 2. Aufl. 1946, S. 356 (Eintragung vom 10. 7. 44). - Zum Begriff der „politischen Gesamtsituation“ in Bismarcks Gedankenbildung siehe besonders das Kissinger Diktat vom 15. 6. 1877. In: Die große Politik der europäischen Kabinete 1871-1914, Bd. II, Berlin 1922, S. 153 f.

⁵ Vgl. dazu G. Ritter: Die außenpolitischen Hoffnungen der Verschwörer des 20. Juli 1944. In: Merkur 3 (1949), S. 1121 ff.; ders.: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1954, S. 368 ff. (Neue Aufl. 1964); G. van Room: Neuordnung, S. 295 ff.; H. Rothfels: Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Frankfurt a. M. Neue, erweiterte Aufl. 1969, S. 138 ff. Siehe auch H. C. Deutsch: Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939-1940. München 1969, bes. S. 107 ff.; vgl. in diesem Zusammenhang auch A. P. Young: The „X“ Documents, edited by S. Aster, London 1974.

⁶ Zur Rolle der KPD-Zentrale in Moskau siehe: A. Fischer: Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941-1945. Stuttgart 1975, passim, beispielsweise S. 15 und: H. Duhnke: Die KPD von 1933 bis 1945. Köln 1972, S. 365 ff.

⁷ Davon abweichend ist die Lage der in den Konzentrationslagern inhaftierten Kommunisten einzuschätzen, die sich in Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit gleichfalls verhafteten Sozialdemokraten und anderen Gegnern des „Dritten Reiches“ stärker mit Überlegungen der zukünftigen Neugestaltung Deutschlands beschäftigten. Vgl. in diesem Zusammenhang beispielsweise zum „Buchenwälder Manifest“: Duhnke: KPD, S. 520.

der befallenden Zweifeln nie in Frage. „Für die im Fahrwasser der sowjetischen Außenpolitik schwimmenden deutschen Kommunisten“, so hat Horst Duhnke diesen Sachverhalt gekennzeichnet⁸, „beantworteten sich die Fragen“ nach den außenpolitischen Vorstellungen „je nach der tatsächlichen oder vermeintlichen Haltung der Sowjetunion zur Zukunft Deutschlands.“

Was den sozialdemokratischen Widerstand angeht, so finden seine außenpolitischen Vorstellungen Niederschlag und Berücksichtigung durch die Repräsentanz führender Sozialdemokraten wie Leber, Reichwein und Mierendorff im Kreisauer Kreis. Ihre recht ausgeprägt vorhandenen außenpolitischen Zukunftsvorstellungen gingen in die Erörterung der Kreisauer ein und beeinflussten maßgeblich die außenpolitische Gedankenbildung der Vertreter des deutschen Widerstandes um Graf Moltke. Gleichfalls im Kreisauer Kreis sind entsprechende außenpolitische Ideen aus beiden Kirchen und aus den Gewerkschaften in einem gewissen, wenn wohl auch nicht ganz repräsentativen Maß vertreten.^{8a} Demgegenüber brachten Militärs, Repräsentanten der hohen Bürokratie und Vertreter der Industrie ihre außenpolitischen Überlegungen eher in der Beck-Goerdeler-Hassell-Gruppe zur Geltung.

Mit Ausnahme des kommunistischen Widerstandes werden also die außenpolitischen Vorstellungen der politisch und gesellschaftlich entscheidenden Gruppierungen des „anderen Deutschland“ während der dreißiger und vierziger Jahre – mehr oder minder intensiv und angemessen – betrachtet.

2. Es ist kaum möglich, die ostpolitischen Vorstellungen im deutschen Widerstand zu behandeln, ohne darüber hinaus näher auf seine außenpolitischen Ideen insgesamt einzugehen. Eine solche Beschränkung dürfte sich schon deshalb verbieten, weil sie der in beiden Gruppen des Widerstandes weit verbreiteten, traditionell vorhandenen Überzeugung von der weltpolitischen Sonder- und Mittlerstellung des Deutschen Reiches nicht gerecht werden könnte. Gerade ein Repräsentant der Kreisauer wie Adam von Trott zu Solz forderte für die politische Haltung und Verfaßtheit eines „Deutschland zwischen West und Ost“ die Versöhnung zwischen dem „Personalprinzip des Westens“ und dem „Realprinzip des Ostens“.⁹ Nur eine Interpretation der ostpolitischen Vorstellungen im deutschen Widerstand, die diese im Rahmen seiner außenpolitischen Konzepte insgesamt zu verstehen sucht, vermag auch jene Tradition in der Gedankenbildung der deutschen politischen Führungsschichten zu erfassen, die spätestens seit den letzten Jahren der „Ära Bismarck“ mit der mehr oder minder klar gewonnenen Erkenntnis lebten, unter der zukunfts schweren Belastung zu stehen, wahrscheinlich nur als Juniorpartner des Westens oder des Ostens, Großbritanniens oder Rußlands (bzw. der Sowjetunion) als Nationalstaat existieren zu können, und die dennoch von Zeit zu Zeit immer wieder die Hoffnung äußerten und versuchten, zwischen beiden Weltmächten zur dritten, europäischen Kraft aufzusteigen – eine Vorstellung, der sich Bismarck nur sehr behutsam zu nähern wagte, die in Caprivis außenhandelspolitischen Plänen deutlich wurde und die sich danach von dumpfem Ausdehnungsdrang zu teilweise maßlosen und für Europa kaum mehr annehmbaren Kriegszielforderungen in den Jahren zwischen 1914 und 1918 ausweitete.¹⁰ Die für das spät ins europäische Staatensystem eintretende Deut-

sche Reich charakteristische außenpolitische Unvollendetheit¹¹ beschäftigte und belastete als historische Hypothek selbstverständlich auch die Repräsentanten des Widerstandes. Es liegt daher nahe, ihre ostpolitischen Vorstellungen stets im Zusammenhang eines Verständnisses ihrer außenpolitischen Zukunftsentwürfe insgesamt zu beurteilen.

Mithin bietet sich in methodischer Hinsicht folgendes Verfahren an:

1. gilt es, die außenpolitischen Vorstellungen der Beck-Goerdeler-Hassell-Gruppe und des Kreisauer Kreises darzulegen. Dabei wird es weniger darauf ankommen, im Detail jede kleine Veränderung und Nuance in den verschiedenen Stadien der zahlreichen Entwürfe nachzuzeichnen, als vielmehr außenpolitische Grundprobleme des deutschen Widerstandes zu erörtern und ein Grundmuster seiner außenpolitischen Vorstellungen zu entwerfen. Sodann ist

2. herauszufinden, welche Maßstäbe für die Beurteilung dieser außenpolitischen Vorstellungen im deutschen Widerstand anzulegen sind. Dabei hat man sich vorab selbstverständlich von den Legenden zu lösen, die die ost- und außenpolitischen Vorstellungen im Lichte der für die Nachkriegsverhältnisse in Ost und West verbindlichen Geschichtsbilder interpretieren. Denn es ist fragwürdig, Stauffenbergs außenpolitische Überlegungen und die der Kreisauer als Ideen fortschrittlicher Patrioten zu verklären und ihnen teilweise zu unterstellen, sie hätten daran gedacht, im Zuge einer sog. Ostlösung Seite an Seite mit der Sowjetunion und den unterdrückten Fremdarbeitern im Deutschen Reich in die Zukunft einer klassenlosen Gesellschaft zu marschieren.¹² Und es ist zweifellos einseitig, die Entwürfe aus dem Kreis um Beck, Goerdeler und von Hassell zu zukunftsweisenden Ideen der europäischen Einigung zu stilisieren¹³, wie sie im westlichen Nachkriegseuropa in Gestalt der EWG ihre ganz andere und eben unvergleichliche Form gefunden hat. Die Beurteilungskategorien der Zeit waren andere. In ihrer Verhaftetheit an die nationalstaatliche Idee und in ihrer Orientierung auf europäische Perspektiven werden die Gedanken der Vertreter des Widerstandes klarer, wenn man sie in die außenpolitischen Traditionen des Deutschen Reiches auf seinem Weg von Bismarck über Caprivi, Bethmann Hollweg und Ludendorff bis hin zu Stresemann und Brüning einzuordnen versucht, wenn man sie daneben auf ihre Zeitgemäßheit hin untersucht im Hinblick auf Reaktionen und Urteile des Auslandes und wenn man sie endlich und maßgeblich mit Hitlers programmatischen Vorstellungen im Feld der Außen-, Kriegs-, Besatzungs- und Rassenpolitik vergleicht, auf die sie reagierten. Dieser Weg führt uns

ren Staatengeschichte. Krefeld 3. unveränderte Aufl. o. J., S. 200ff., und: *Ders.*: Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert. München 1955 („Deutschland und die Epoche der Weltkriege“); „Ranke und der deutsche Imperialismus“; „Gedanken über die deutsche Sendung 1900–1918“); *F. Fischer*: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914. Düsseldorf 1969, und: *Ders.*: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf, 3. verbesserte Auflage 1964. Über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden „revisionistischen“ Positionen von Dehio und Fischer vgl. jetzt: *S. Pistone*: Ludwig Dehio. Neapel 1977, bes. S. 173ff.

¹¹ Zum Problem des unvollendeten Nationalstaates und zur Kategorie des „Unvollendeten“ siehe: *Th. Schieder*: Grundfragen der neueren deutschen Geschichte. Zum Problem der historischen Urteilsbildung. In: *H. Böhm* (Hrsg.): Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1871. Köln/Berlin 1968, S. 21 ff. – Die Kategorie des „Unvollendeten“ wird in diesem Zusammenhang nicht unter innenpolitischen Gesichtspunkt im Hinblick auf die Verfassungs- und Parlamentarisierungsfrage des Bismarck-Reiches eingeführt. Sie zielt im außenpolitischen Bereich auch nicht ausschließlich auf die irredentistische (bzw. später nach dem Ersten Weltkrieg auf die revisionistische) Dimension in der Öffentlichkeit und Politik des kleindeutschen Nationalstaates. Über den üblichen Gebrauch des Begriffs hinaus möchte sie damit gleichzeitig und wesentlich auch das Problem umschreiben, das sich für die Existenz des Deutschen Reiches daraus ergab, daß es im Rahmen des 1870/71 geschaffenen Status quo offensichtlich nicht dazu imstande war, in vergleichsweise voller Unabhängigkeit und Gleichberechtigung gegenüber den Weltmächten Großbritannien und Rußland als Nationalstaat und Großmacht aufzutreten und zu bestehen. Preußen-Deutschland sah sich daher vor die zunehmend zwanghafter eingeschätzte Alternative gestellt, entweder bei einer dieser beiden Flügelmächte des Staatensystems Unterstützung zu finden, damit aber auch Abhängigkeit in Kaufnehmen oder direkt vorgetragen Expansion zu suchen.

¹² Vgl. zur Beurteilung Stauffenbergs durch die kommunistische Geschichtsschreibung in der Sowjetunion und in der DDR: *Ch. Müller*: Oberst i. G. Stauffenberg. Eine Biographie. Düsseldorf o. J. (1971), S. 18ff.

¹³ *W. Ritter von Schramm*: Erhebung 1944. Vom „Widerstand“ zu den „Vereinigten Staaten von Europa“. In: Politische Studien 1954, S. 170ff. und: *Ders.*: Das andere Deutschland und der Wirtschaftsraum Europa. In: Wehr und Wirtschaft 1964, S. 294ff.

⁸ Ebd., S. 433.

^{8a} Die außenpolitischen Vorstellungen beider Kirchen ebenso wie der Gewerkschaften bedürften einer eingehenden Untersuchung, um sie repräsentativ beurteilen zu können.

⁹ Vgl. dazu *Rothfels*: Opposition, S. 166f.

¹⁰ Siehe dazu grundsätzlich: *Th. Schieder*: Das Deutsche Reich in seinen nationalen und universalen Beziehungen 1871 bis 1945. In: *Th. Schieder/E. Deuerlein* (Hrsg.): Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen. Stuttgart 1970, S. 422ff.; *A. Hillgruber*: Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. In: *Ders.*: Großmachtspolitik und Militarismus im 20. Jahrhundert. 3 Beiträge zum Kontinuitätsproblem. Düsseldorf 1974, S. 11ff.; für die Bismarck-Zeit: *A. Hillgruber*: Bismarcks Außenpolitik. Freiburg i. Br. 1972, S. 156f.; für die „Ära Caprivi“: *P. Leibenguth*: Modernisierungskrisis des Kaiserreichs an der Schwelle zum wilhelminischen Imperialismus. Politische Probleme der Ära Caprivi (1890–1894). Diss. Köln 1975, S. 188ff., S. 215f. und S. 308f.; für die wilhelminische Zeit: *L. Dehio*: Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren

3. dazu, speziell die ostpolitischen Zukunftsentwürfe im deutschen Widerstand schärfer zu erfassen, ihre Gleichheiten und Unterschiede gegenüber der nationalsozialistischen Politik in Ostmittel- und Osteuropa nicht allein aufzuzählen, sondern im Vergleich mit Hitlers „Ostpolitik“ auch eingehender zu bewerten.

Endlich ist in der Schlußbetrachtung zu fragen, welche Organisationsmuster internationaler Politik den „Honoratioren“ und den Kreisauern vorschwebten und worin sich die Ordnungsentwürfe des Widerstandes von der nationalsozialistischen Herrschaft in Europa unterschieden, die Hitler teilweise bereits realisiert hatte und die er zukünftig noch zu verwirklichen trachtete.

II.

1. Zu den außenpolitischen Vorstellungen im deutschen Widerstand

Die Erörterungen beider Gruppen des deutschen Widerstandes kreisten charakteristisch und unterschiedlich um die nationalstaatliche und/oder europäische Orientierung einer zukünftigen deutschen Außenpolitik. Dabei kann man – grob gesagt – davon ausgehen, daß für die „Honoratioren“ der überlieferte europäische Nationalstaat und die machtsstaatliche Tradition Europas in hohem Maße verbindlich blieben. Das bedeutete im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung des Deutschen Reiches in Europa, den kleindeutschen Nationalstaat Bismarcks als Bezugspunkt des außenpolitischen Handelns zu betrachten. Ja, es ging darum, wie Ulrich von Hassell es angesichts der für Deutschland immer bedrohlicher werdenden Entwicklung im Verlauf der zweiten Hälfte des Weltkrieges beschwörend formulierte¹⁴, „wenigstens das Rudiment des Bismarckreiches zu retten“. Was die europäische Ausrichtung in den außenpolitischen Vorstellungen im Kreis um Beck, Goerdeler und von Hassell angeht, so ist sie einerseits im Zusammenhang mit machtpolitischen Überlegungen zu sehen und andererseits als ein Ergebnis wirtschaftlichen Kalküls zu bewerten. Eine Überlebenschance für Deutschland und Europa vermochten die „Honoratioren“ allein in einer ökonomischen und machtpolitischen Großraumbildung zu entdecken, in der das Reich, wie Hermann Graml festgestellt hat¹⁵, als europäische Ordnungsmacht wirken sollte. Im Sinne großmächtlichen Revisionsdenkens im Hinblick auf die Pariser Vorortverträge von 1919/20 einerseits und eines europäischen Ordnungsanspruchs als kontinentaler Führungsmacht andererseits forderten die Repräsentanten des Beck-Goerdeler-Hassell-Kreises in den dreißiger Jahren ebenso wie mit gewissen Einschränkungen auch während des Weltkrieges im großen und ganzen durchgehend die Wiederherstellung der „Grenzen von 1914“¹⁶ für den deutschen Nationalstaat. Ja, darüber hinaus hielten sie, an großdeutsche Traditionen anknüpfend und entsprechende Gebietsgewinne Hitlers beanspruchend, eine Einverleibung Österreichs und des Sudetenlandes für wünschenswert.

Von territorialen Forderungen und Entwürfen einmal abgesehen, schwebte ihnen insgesamt vor, Kontinentaleuropa unter deutscher Führung als „dritte Kraft“ zwischen den das europäische Staatensystem flankierenden und regulierenden Flügel- und Weltmächten Großbritannien und Rußland bzw. Sowjetunion einzurichten. Dabei schätzten sie die Überlebenskraft Englands und seines Weltreiches sehr hoch ein, beurteilten den sich vollziehenden Wandel des Empire zum Commonwealth als Stärkung der britischen Macht und sahen ihn als vorbildlich an für die kontinentaleuropäische Zukunft, die sie zu gestalten als Auf-

gabe sich vornahmen.¹⁷ Kaum zureichend erkannten sie dagegen jene sich im Krieg bereits deutlich abzeichnende Machtverschiebung innerhalb der westlichen Welt zugunsten einer Dominanz der Vereinigten Staaten von Amerika über das zurückweichende britische Imperium – eine welthistorisch entscheidende Tendenz, die sowohl Hitler als auch Stalin klarer und angemessener diagnostizierten als die Repräsentanten um Beck, Goerdeler und von Hassell.¹⁸

Was die östliche Flügelmacht, die Sowjetunion, betraf, so wurde sie aufgrund ihrer weltanschaulichen und innenpolitischen Verfaßtheit von den „Honoratioren“ durchgehend mit Mißtrauen und Ablehnung betrachtet. Ja, in machtpolitischer Hinsicht erschien sie ihnen so furchterregend, daß allein schon ihre Existenz Verteidigungsanstrengungen eines von Deutschland geführten Europa, zu dem im Osten des Kontinents ein polnischer Nationalstaat gehören sollte¹⁹, notwendig machen würde. Entferntes Ziel im Hinblick auf die Sowjetunion blieb allerdings, „Rußland allmählich in eine europäische Zusammenfassung einzubeziehen“.²⁰ Auf gar keinen Fall hat Goerdeler, der Mitverfasser dieser in der großen Denkschrift „Das Ziel“ 1941/42 niedergelegten Überlegungen, dabei nur im entferntesten an eine militärische Intervention gegenüber der Sowjetunion gedacht. Denn er hat gerade in diesem Zusammenhang dringend vor „militärischen Zwangseingriffen“ in Rußland gewarnt, die dort „ungeahnte nationale Kräfte auf den Plan rufen“²¹ könnten. Goerdeler stark von wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Sinne einer liberal-kapitalistischen Ordnung bestimmte Gedankenbildung scheint vielmehr davon ausgegangen zu sein, daß sich das kommunistische Wirtschaftssystem aufgrund seiner gleichsam als unnatürlich empfundenen Prämissen selbsttätig zugrunde richten werde. Darüber hinaus könnte er daran gedacht haben, die Sowjetunion durch außenwirtschaftliche Verflechtungen nach und nach ins kapitalistische System zurückzuführen, eine – rückblickend gesehen – illusionäre Idee, die auch den anglo-amerikanischen Kooperationsangeboten an die Sowjetunion nach beiden Weltkriegen zugrunde lag und die den für die UdSSR verbindlichen Primat ihrer politischen Zielsetzungen verkannte. Abgesehen von einigen in revisionistischer bzw. großdeutscher Tradition Deutschland zugeordneten Territorien, die in direkter Form beherrscht werden sollten, planten die „Honoratioren“ im übrigen, das vom Reich geführte, zwischen den Weltmächten Großbritannien und der Sowjetunion zu errichtende Kontinentaleuropa eher informell zu beeinflussen. Damit knüpften sie an eine außenpolitische Linie an, die für die „Gemäßigten“ innerhalb der wilhelminischen Elite und der Reichsleitung im Umkreis von Reichskanzler von Bethmann Hollweg verbindlich gewesen war, nach dessen Abgang von Staatssekretär von Kühlmann weiter verfolgt wurde und in freilich ganz anderem historischem Zusammenhang dann in Stresemanns Konzeption wieder auftauchte. Es ging den „Honoratioren“ also nicht darum, im Sinne der Dritten Obersten Heeresleitung während des Ersten Weltkrieges in erster Linie einem solchen außenpolitischen Zustand trauen zu wollen, der durch militärische Besetzung garantiert erschien.²² Im Gegenteil: solches Denken und Handeln lehnten

¹⁴ Hassell: Vom andern Deutschland, S. 324 (Eintragung vom 19. 8. 43).

¹⁵ H. Graml: Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstandes. In: Schmitthenner/Buchheim: Der deutsche Widerstand, S. 30 ff. und bes. S. 39.

¹⁶ Zu einer differenzierteren Einschätzung der Grenzfragen im Osten während des Jahres 1943 durch Goerdeler vgl.: Ritter: Goerdeler, S. 329.

¹⁷ Ebd., S. 279 und S. 319; W. Ritter von Schramm (Hrsg.): Beck und Goerdeler. Gemeinschaftsdokumente für den Frieden 1941–1944. München 1965, S. 90 f. („Das Ziel“).

¹⁸ Vgl. dazu A. Hillgruber: Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941. Frankfurt a. M. 1965, S. 199 ff., S. 217 f., S. 300 ff., S. 533 und S. 572; ders.: Eine Bilanz des Zweiten Weltkrieges aus der Sicht der kriegführenden Mächte. In: Ders.: Großmachtpolitik und Militarismus, S. 53 ff.; ders.: Der Zenit des Zweiten Weltkrieges Juli 1941. Wiesbaden 1977.

¹⁹ Ritter: Goerdeler, S. 312 ff.; R. Breyer: Carl Goerdeler und die deutsche Ostgrenze. In: Zeitschrift für Ostforschung 1964, S. 198 ff. und Graml: Außenpolitische Vorstellungen, S. 30, S. 33 ff. und S. 60 ff.

²⁰ Ritter von Schramm: Beck und Goerdeler, S. 100 („Das Ziel“).

²¹ Ebd., – Wilhelm Ritter von Schramm (S. 34 ff.) und Gerhard Ritter (S. 274 und S. 319) datieren die Abfassung der wesentlichen Gedanken der Denkschrift auf die Zeit von Ende 1940 bis Frühjahr 1941. Demgegenüber hat Hans Mommsen mit einleuchtenden Argumenten klargemacht, daß die Denkschrift wohl um die Jahreswende 1941/42 entstanden ist. H. Mommsen: Gesellschaftsbild und Verfassungspolizei, S. 269 f. (Anmerkung 109). In diesem Sinne spricht sich auch Rothfels: Opposition, S. 205 (Anmerkung 44), für den Datierungsvorschlag Hans Mommsens aus.

²² Fischer: Griff, S. 654, der freilich die unterschiedlichen politischen Konzeptionen der Dritten Obersten Heeresleitung und des Auswärtigen Amtes zu stark identifiziert. Vgl. demgegenüber die differenzierende, vielleicht den Handlungsspielraum der Diplomaten ein wenig

Beck, Goerdeler und von Hassell strikt ab. Gerade der Diplomat Ulrich von Hassell hob immer wieder hervor, daß es Bismarcks Vorzug gewesen sei, über die Fähigkeit verfügt zu haben, in europäischen Kategorien denken und politisches Maß halten zu können.²³ Dieser außenpolitischen Tradition fühlten sie sich verbunden, ihr gedachten sie zu folgen, und in diesem Sinne sind auch Goerdelers positive Urteile über Stresemanns im Grunde als erfolgreich angesehene nationale Revisionspolitik zu verstehen.²⁴ Dabei empfanden sie es allerdings als nahezu selbstverständlich, daß bei aller Achtung vor nationalen Kulturen, Überlieferungen und Staaten dem Deutschen Reich eine gleichsam natürliche Führungsaufgabe in Europa zufalle²⁵ – nicht als ein Recht auf brutale Herrschaft, sondern als Verpflichtung zu einer eher paternalistisch aufgefaßten Rolle des Ersten im Rahmen der europäischen Staatenwelt: „Die zentrale Lage, die zahlenmäßige Stärke und die hochgespannte Leistungsfähigkeit“, so begründete sich in ihrem Selbstverständnis diese Aufgabe des Reiches²⁶, „verbürgen dem deutschen Volke die Führung des europäischen Blocks, wenn es sie sich nicht durch Unmäßigkeit oder durch Machtuchtmanieren verdirbt. Es ist dumm und anmaßend, vom deutschen Herrenmenschen zu sprechen. Es ist töricht, für sich selbst Achtung vor der nationalen Ehre und Selbständigkeit zu verlangen und sie anderen zu versagen. In die Führung Europas wird diejenige Nation hineinwachsen, die gerade die kleinen Nationen achtet und ihre Geschicke nicht mit brutaler Gewalt zu leiten versucht. Die Sachlichkeit der Gesichtspunkte muß entscheiden. Berechtigte Interessen müssen klug und weitschauend ausgeglichen werden.“ Gewiß liegt ein gravierender Unterschied zwischen Hitlers mißachtendem Wort über das „Kleinstaatengerümpel“²⁷ Europas, das er im nationalsozialistischen Sinne neu zu ordnen vorhatte, und der im Vergleich damit doch maßvollen Haltung der „Honoratioren“. Ja, legt man Herrmann Heimpels Einsicht zugrunde, wonach „geschichtlich... Nation und Europa nicht Gegensätze“ sind, sondern es „historisch das Europäische an Europa“ ist, „daß es Nationen gibt“²⁸, dann wird schlagartig deutlich, daß die „Honoratioren“ im Grunde diese europäische Überlieferung zu achten bemüht waren, während Hitler mit ihr zu brechen versucht hat.

Doch von der Ausnahmesituation der Diktatur Hitlers ebenso abgesehen wie von den furchtbaren Belastungen der Weltkriegslage, in der gerade Patrioten zum Widerstand getrie-

ben wurden, beschrieben auch die „Honoratioren“ im Prinzip lediglich aufs neue das alte Problem der Unvollendetheit des deutschen Nationalstaates, der sich – seitdem Max Weber diese Empfindung 1895 richtungweisend artikuliert hatte²⁹ – eben nicht damit abfinden konnte, als Juniorpartner einer der beiden Welt- und Flügelmächte zu existieren. Preußen-Deutschland, wie Bismarck es geschaffen hatte, genügte sich im Grunde niemals selbst. Es war stets weniger und stets mehr als ein Nationalstaat.³⁰ Innenpolitische Triebkräfte und außenpolitische Entscheidungen führten daher von Zeit zu Zeit immer wieder dazu, daß es das Ziel der außenpolitischen Führung Europas anvisierte, um nicht zu einer zweitrangigen Macht abzusinken.³¹ Dies ist auch der Zukunftsentwurf, den die „Honoratioren“ in nationalem Interesse und in europäischer Verantwortung, wie sie sie verstanden, zu verwirklichen planten.

In diesem Rahmen sollte – wie Goerdeler es im Mai 1943 in einem Memorandum entwarf, dessen inhaltliche Aussagen für die britische Regierung bestimmt waren – ein bis zur polnischen Grenze von 1938 wiederhergestelltes Polen zusammen mit Finnland und einer „vollkommen frei[en]“ und selbständigen Tschechoslowakei zu einer „europäische[n] Interessen- und Kulturgemeinschaft“ gehören, „unter deren Mitgliedern es nie wieder Krieg geben darf.“³² Kaum ist den Honoratioren dabei bewußt geworden, wie ablehnend das Europa der mittleren und kleinen Staaten ebenso wie das Europa der Großmächte, England und Frankreich, mit denen das Reich scheidersrichterlich zusammenarbeiten wollte, solche Pläne aufnehmen würden. Ein wie hohes Maß an deutscher Führung, ja, ob überhaupt eine deutsche Führung Europas in irgendeiner Form für die europäische Staatenordnung annehmbar war, beurteilten die Briten ebenso wie die mittleren und kleinen Staaten Europas gänzlich anders, als es sich aus der Perspektive der Repräsentanten um Beck, Goerdeler und von Hassell ausnahm. In England beispielsweise, mit dem die „Honoratioren“ im Zuge einer sog. Westlösung kooperieren wollten, um ein als zu weitgehend erachtetes Vordringen der Sowjetunion im Verlauf des Weltkrieges nach Mitteleuropa hinein zu verhindern, wurden die in der Tat wesentlichen Unterschiede zwischen den außenpolitischen Vorstellungen des liberal-konservativen Widerstandes und den rassistisch geprägten „Großraum“-Plänen Hitlers niemals so anerkannt und gewürdigt, wie es den „Honoratioren“ wünschenswert vorkam.³³ Mehr und mehr erschienen die Pläne der einen wie die des anderen der britischen Führung als mit dem Bestand der europäischen Staatenordnung, wie Großbritannien sie wiederherzustellen bemüht war, unvereinbar. Deshalb gewann auch Sir Robert Vansittarts zunächst noch umstrittenes Urteil aus dem Jahre 1938 über Goerdelers außenpolitische Vorstellungen zunehmend

nig zu hoch bewertende Darstellung von W. Baumgart: Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. München 1966, und insgesamt zur qualitativen Veränderung außenpolitischer Zielvorstellungen und Methoden während des Ersten Weltkrieges: A. Hillgruber: Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege. Göttingen 1967, S. 58 ff.

²³ Siehe Anmerkung 4.

²⁴ Ritter von Schramm: Beck und Goerdeler, S. 195f. („Der Weg“).

²⁵ Ebd., S. 98f. („Das Ziel“). Im Hinblick auf das Verhältnis von Nationalstaats- und Europaidee in Goerdelers politischer Gedankenbildung spricht Walter Lippens davon, daß Goerdeler „auf einem außerordentlichen Erkenntnisweg 1942–1944 von einer zunächst nur utilitaristischen zu einer prinzipiellen Europakonzeption“ gelangt sei. W. Lippens: Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950. Erster Teil: 1945–1947. Stuttgart 1977, S. 50 (Anmerkung 75). Dabei stützt er sich vor allem auf Goerdelers Überlegungen über „Praktische Maßnahmen zur Umgestaltung Europas“, die zu Anfang des Jahres 1944 niedergeschrieben worden sein dürften. Abgedruckt bei: W. Lippens: Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. Eine Dokumentation. München 1968, Dokument 53, S. 165 ff. Zu der von Lippens in Goerdelers Entwürfen beobachteten und im Sinne des politischen Ziels einer Einigung Europas als „Erkenntnisfortschritt“ charakterisierten Entwicklung vom Vertreter des Nationalstaatsgedankens und Befürworter der Forderung nach deutscher Hegemonie über Europa zu einem Protagonisten der Europaidee im supranationalen Sinne vgl. auch: Ders.: L'idea dell'unità europea nella resistenza in Germania e in Francia. In: S. Pittone (Hrsg.): L'idea dell'unificazione europea dalla Prima alla Seconda Guerra Mondiale. Turin 1975, S. 107f. und bes. Anm. 29.

²⁶ Ebd., S. 98f. („Das Ziel“); vgl. im Zusammenhang mit dem hier umschriebenen Führungsanspruch des Deutschen Reiches das traditionelle Hegemonie-Verständnis, das Heinrich Triepel (mit Smend) nicht zuletzt auch als ein Mittel der „Integration“ versteht und Führung als „Leitung eines Anderen nach einem bestimmten Ziele“ (S. 134 f.) definiert, das für den Hegemon und für die von ihm organisierte und geführte Staatengruppe gemeinsam verbindlich ist. Grundsätzlich zum Charakter außenpolitischer Hegemonie: H. Triepel: Die Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten. Stuttgart 2. Aufl. 1943, S. 134 ff. (1. Aufl. 1938).

²⁷ J. Goebbels: Tagebücher aus den Jahren 1942–1943. Hrsg. von L. P. Lochner. Zürich 1948, S. 322 ff. Zitiert nach H.-A. Jacobsen: Der Zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten, Frankfurt am Main/Hamburg 1965, S. 198.

²⁸ H. Heimpel: Der Mensch in seiner Gegenwart. Göttingen 1954, S. 173, vgl. auch: Ebd., S. 68: „Die Idee der Nation ist selbst europäische Idee, mit Europa ist eine nationale Zertrennung, aber mit den Nationen ist Europa gegeben.“ Zur „nationalen Vielfalt als Problem der Einheit Europas“ vgl. auch: R. Wittmann: Das Nationale als europäisches Problem. Beiträge zur Geschichte des Nationalitätsprinzips, vornehmlich im 19. Jahrhundert. Göttingen 1954, S. 9 ff.

²⁹ M. Weber: Gesammelte politische Schriften. Tübingen 2. Aufl. 1958, S. 23.

³⁰ Vgl. zum Problem: H. Rothfels: Der geschichtliche Standort der Reichsgründung. In: Ders.: Bismarck. Vorträge und Abhandlungen. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970, S. 130, und: Schieder: Das Deutsche Reich, S. 440 f.; zur Formulierung dieses Gedankens siehe: K. Zernack: Historische Bildung – Geschichtsbewußtsein – Nationsbewußtsein und die deutsch-polnischen Beziehungen. In: Politik und Kultur 1976, S. 43.

³¹ Die Frage nach der Mischung von defensiven und offensiven Motiven und Zielen müßte auch für die Geschichte der deutschen Außenpolitik auf ihrem Weg von Bismarck bis Hitler in künftigen Studien stärker beachtet werden, als dies bisher schon geschehen ist. Sie bezieht sich jenes „Sicherheitsdilemma“ der Staaten, das John Herz als einen Zentralbegriff internationalen Politikverständnisses erkannt hat. J. H. Herz: Idealistischer Internationalismus und das Sicherheitsdilemma. In: Ders.: Staatenwelt und Weltpolitik. Hamburg 1974, S. 39 ff.

³² Ritter: Goerdeler, S. 329. Hinsichtlich des Ausmaßes der Territorial- und Grenzforderungen der „Honoratioren“ gab es bis zu einem gewissen Grad von der militärischen Lage abhängige Schwankungen, die Ritter: Goerdeler, passim, detailliert, sowie Graml: Außenpolitische Vorstellungen, passim, im Überblick darstellen. Was die hier interessierenden ostpolitischen Vorstellungen der Gruppe um Beck, Goerdeler und von Hassell angeht, so hielten sie vergleichsweise konstant daran fest, „im Osten etwa die Reichsgrenze von 1914“ zu fordern. Friedensplan Goerdelers, vermutlich für britische Leser bestimmt. Wahrscheinlich vom Spätsommer oder Herbst 1943. In: Ritter: Goerdeler, Anhang VI, S. 570 ff., hier S. 571.

³³ L. Kutenacker: Die britische Haltung zum deutschen Widerstand in internationaler Perspektive. Stuttgart 1977, S. 49 ff., bes. S. 54 und S. 64 f.

mehr an Verbindlichkeit innerhalb der britischen Regierung³⁴: „As you are probably both aware“, so unterrichtete er seine Kollegen im Foreign Office, Sir Alexander Cadogan und Sir Orme Sargent, im Anschluß an eine Unterhaltung mit Goerdeler im Dezember 1938, „I have known Dr. Goerdeler personally and for some time. I have also for some time suspected that he was merely a stalking-horse for German *military* expansion, and by military expansion I mean the expansionist ideas of the German army as contrasted with those of the Nazi Party. There is really very little difference between them. The same sort of ambitions are sponsored by a different body of men, and that is about all... Do not trust Dr. Goerdeler except as an occasional informant. He is quite untrustworthy, and he is in with the wrong kind of person and mind because his own mind is wrong... I do not count Dr. Goerdeler as a German moderate.“

So klar wir heute dazu imstande sind, die Trennungslinie zwischen den außenpolitischen Zielen der „Honoratioren“ und Hitlers „Programm“ zu erkennen, so wenig scheint sie zeitgenössisch für die mit Deutschland im Krieg liegenden Mächte überzeugend gewesen zu sein. Die britische Regierung und sodann auch die der USA gewannen vielmehr immer stärker den Eindruck, daß sowohl Hitlers Europapläne als auch die europäischen Vorstellungen des liberal-konservativen Widerstandes für ein Europa unannehmbar waren, das zumindest die englischen Politiker zu restaurieren gedachten. Und eben an der Akzeptabilität ihrer Europaentwürfe scheinen die „Honoratioren“ niemals ernsthaft gezweifelt zu haben. Dieser Mangel dürfte sich u. a. vor dem Hintergrund der bis zum Jahr 1941/42 beständig zunehmenden Stärke des Deutschen Reiches erklären. Zwar ließ sich Goerdeler beispielsweise niemals von den kriegeserfolgreichen Erfolgen Hitlers zu dem Jubel hinreißen, der andere Kritiker des Diktators zeitweise nach dem Sieg über Frankreich im Jahre 1940 ergriff. Anhand moralischer Kategorien hat er das Hitlerreich und auch dessen außenpolitische Triumphe letztlich stets und konsequent abgelehnt.³⁵ Dennoch könnte es das Bewußtsein der durch die Eroberungen des Reiches so angewachsenen Machtfülle Deutschlands gewesen sein, das die „Honoratioren“ die beanspruchte und sich von der nationalsozialistischen Herrschaft ja tatsächlich unterscheidende Führungsrolle als gleichsam natürlich und im europäischen Sinne notwendig empfinden ließ.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, wird auch das Bemühen der „Honoratioren“ voll verständlich, den Krieg unter gar keinen Umständen bis zu einer völligen Niederlage Deutschlands andauern zu lassen, da das Reich im Kern zu erhalten war.³⁶ In diesem Punkt unterschieden sie sich grundsätzlich von Moltkes Überlegungen. Er hielt eine militärische Niederlage des Deutschen Reiches gerade als Voraussetzung für nötig, um zu einer ganz neuen Ordnung der internationalen Politik gelangen zu können, die im Grunde darauf zielte, das überkommene System machstaatlicher Politik in eine Ordnung „europäischer Innenpolitik“ zu verwandeln.³⁷

Die „Honoratioren“ ihrerseits glaubten, daß der weltpolitische Gegensatz zwischen Großbritannien und der Sowjetunion eine der tragenden Voraussetzungen dafür sei, daß ihr Konzept eine reelle Chance auf Verwirklichung besitze.³⁸ In dieser Perspektive gesehen, ist

es verständlich, daß sich das Grundmuster ihrer außenpolitischen Vorstellungen – trotz aller Veränderungen, die es im einzelnen zwischen den dreißiger Jahren und 1944/45 erfuhr – kaum wesentlich wandelte. Indes standen sie mit ihren Spekulationen und Überlegungen über den englisch-sowjetischen Weltgegensatz wiederum in einer außenpolitischen Tradition preußisch-deutscher Politik, die sich bereits für die wilhelminischen Staatsmänner als fehlerhafte Annahme erwiesen³⁹ und die sich auch als Basis des Hitlerschen Bündnisentwurfs letztlich nicht erfüllt hatte.⁴⁰ Gewiß war der machtpolitisch motivierte Gegensatz zwischen England und Rußland bzw. der Sowjetunion für die Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts entscheidend, und sicherlich war er seit dem Jahre 1917 noch zusätzlich ideologisch aufgeladen worden. Dennoch scheinen die „Honoratioren“ zu stark auf einen sich daraus scheinbar automatisch ergebenden internationalen Systemzwang gehofft zu haben, der Großbritannien aus Gegnerschaft zur Sowjetunion dazu bewegen würde, das Reich als Ordnungsmacht Kontinentaleuropas zu akzeptieren und zu begrüßen. Sie übersahen ganz einfach, daß vor allem nach dem Ende der „Ära Chamberlain“ die britische Regierung trotz aller sich in der zweiten Kriegshälfte gegenüber den Absichten Stalins einstellender Zweifel das Deutsche Reich zeitgenössisch für gefährlicher hielt als die mit Großbritannien verbündete Sowjetunion.⁴¹ Man kann gewiß im Rückblick über die Fehlerhaftigkeit dieser Einschätzung nachdenken⁴² und immer wieder auf die Unterschiede zwischen Hitlers Europapolitik und den Vorstellungen der „Honoratioren“ verweisen. Für die Zeit der vierziger Jahre hat man als Befund erst einmal die Tatsache festzustellen, daß den Briten und den Amerikanern auch ein vom „anderen Deutschland“ geführtes Reich in Europa durchweg bedrohlicher erschien als die stalinistische Sowjetunion.⁴³

Dieses zu konstatieren, bedeutet nicht, bestreiten zu wollen, wie maßvoll und verantwortungsbewußt im Vergleich mit Hitlers Politik die Gruppe um Beck, Goerdeler und von Hassell in der Tat dachte und zu handeln vorhatte, ohne sich grundsätzlich den Regeln der internationalen Politik entziehen zu wollen und ohne zu beanspruchen, von Grund auf das internationale Geschehen verändern zu müssen. Verantwortung und Maßhalten als Bedingungen ihrer außenpolitischen Vorstellungen werden besonders deutlich, wenn man sich die Einschätzungen der „Honoratioren“ über Krieg und Frieden als Extremwerte politischer Aktivität im Wechselverhältnis von Innen- und Außenpolitik näher ansieht.

Zwar verzichteten die „Honoratioren“ nicht darauf, den Krieg als letztes Mittel der Poli-

³⁹ Die Studie von E. Hölzle: Die Selbstentmachtung Europas. Das Experiment des Friedens vor und im Ersten Weltkrieg. Göttingen/Frankfurt am Main/Zürich 1975, versucht, die Folgen der deutschen Fehleinschätzung über den gleichsam als „Dogma“ angesehenen englisch-russischen Weltgegensatz ebenso wie die Wirkungen der deutschen „Weltpolitik“ auf die englisch-russische Annäherung nach der Jahrhundertwende durch den Hinweis auf den an sich zwar bedenkenswerten, aber im vorliegenden Fall zu hoch veranschlagten Zwang des internationalen Systems und der ihm innewohnenden Tendenz zu weltmüchlichen Arrangements zu relativieren, vgl. S. 105ff. Demgegenüber betont Peter Winzen in seiner Kölner Dissertation über „Bülow und Holsteins Politik der freien Hand 1895-1901“ (Diss. Köln 1973) die für Bülow und Holsteins Gedankenbildung leitende, freilich verschiedenen Motiven entspringende und unterschiedlichen Zielsetzungen unterworfenen Überlegung, „aus dem erwarteten Zusammenstoß zwischen den beiden rivalisierenden Weltmächten am Ende als lachender Dritter hervorzugehen“. P. Winzen: Die Englandpolitik Friedrich von Holsteins 1895-1901. Zweiter Teil der Inaugural-Dissertation. Köln 1975, S. 392. Zur Vielfalt der Motive („social“, „European“ und „imperial interests“ S. 200), die beispielsweise die britische Politik zwischen 1905 und 1907 zur Annäherung an Rußland bewegten, siehe: K. Wormer: Rußland, Deutschland und das Empire. Studien zur englischen Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg. Diss. Mannheim 1975, S. 198ff.

⁴⁰ Hillgruber: Deutschlands Rolle, S. 75.

⁴¹ Kettenacker: Die britische Haltung, S. 59, S. 64, S. 66 und S. 74. Siehe auch E. Jäckel: Wenn der Anschlag gelungen wäre. In: H. J. Schultz (Hrsg.): Der Zwanzigste Juli. Alternative zu Hitler? Stuttgart/Berlin 1974, S. 75. Zu dem für Kriegsverlauf und Nachkriegsordnung so entscheidenden Faktor der Sowjetunion in den Erörterungen der britischen Öffentlichkeit um das künftige Schicksal Deutschlands im Zeichen des während des noch andauernden Zweiten Weltkrieges beginnenden „Kalten Krieges“ vgl.: H. Fromm: Kriegsziel-diskussion in England 1939 bis 1945. Diss. Frankfurt am Main 1974; für die Haltung der britischen Regierung zu dieser Frage siehe das Kapitel II/3 „Die Anfänge der britischen Appeasement-Politik gegenüber Moskau“ in der in Vorbereitung befindlichen Habilitationsschrift von Lothar Kettenacker (London) über die Entwicklung der britischen Kriegsziele gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland im Zweiten Weltkrieg.

⁴² Dies tut beispielsweise Richard Löwenthal in einem Diskussionsbeitrag, der in Kettenacker: Das „Andere Deutschland“, S. 92f., abgedruckt ist.

⁴³ Zur amerikanischen Haltung vgl.: A. J. Nicholls: American views of Germany's future during World War II. In: Kettenacker: Das „Andere Deutschland“, S. 81 und S. 84f.

³⁴ Public Record Office, London, Foreign Office 371/21659.7999, C 15084/G vom 7. 12. 1938, Teilweise abgedruckt bei: Young: „X“ Documents, S. 234. Für die britische Einschätzung der außenpolitischen Pläne der konservativen Opposition in Deutschland, vgl. ebd., S. 235. – Für die Bereitstellung des Originals des oben angeführten Dokuments danke ich Herrn Dr. Wolfgang Michalka (Universität Frankfurt am Main).

³⁵ Ritter: Goerdeler, S. 266 ff.

³⁶ Siehe Anmerkung 14.

³⁷ Memorandum zu den Plänen Moltkes im Dezember 1943, abgedruckt bei: van Roo: Neuordnung, Dokumentenanhang, S. 582ff., hier S. 584.

³⁸ Vgl. beispielsweise den Friedensplan Goerdelers vom Spätsommer oder Herbst 1943, abgedruckt bei Ritter: Goerdeler, Anhang VI, S. 570, bes. die Punkte 1-7.

tik einzuschätzen.⁴⁴ Niemals dachten sie jedoch wie Hitler daran, die Ausnahmesituation des Krieges als das Bewegungsgesetz des Staates zu begreifen. Denn er schien ihnen für den nationalen Bestand des Reiches ebenso gefährlich zu sein, wie er dazu führen konnte, die bestehende soziale Ordnung Europas revolutionär zu erschüttern. Auch für die Beurteilung des Verhältnisses von äußerem Krieg und innerer Revolution lassen sich wiederum Parallelen zur Gedankenwelt Bothmann Hollwegs entdecken, der den Krieg zwar nicht grundsätzlich ablehnte, vor ihm jedoch nicht zuletzt auch deshalb warnte, weil seine Affinität zur sozialen Revolution unübersehbar war.⁴⁵ Mit dieser Beurteilung über den Krieg als Mittel der Politik und die Gefahr der inneren Revolution hoben sich die „Honoratioren“ auch klar von der außenpolitischen Tradition maßgeblicher Kräfte im wilhelminischen Deutschland ab, die gerade daran gedacht hatten, durch äußeren Krieg innere Konflikte zu eskamotieren.⁴⁶

Alles in allem, dies gilt es für die außenpolitischen Vorstellungen der „Honoratioren“ abschließend festzustellen, war ihr außenpolitischer Horizont im Grunde europazentrisch ausgerichtet. Kolonialrevolutionäre Befreiungsbewegungen und nationalstaatliche Bestrebungen in den außereuropäischen Gebieten wurden kaum beachtet. Die Kolonien in Afrika und in Ostasien betrachteten sie unter dem Gesichtspunkt einer offenbar ganz natürlich eingeschätzten Zusammengehörigkeit der „weißen Rasse“ und ihrer Rohstoffbedürfnisse⁴⁷ – eine Auffassung, die sich über Deutschland hinaus vergleichbar und repräsentativ beispielsweise noch deutlicher in der Friedensinitiative von Albert Plesman, dem Direktor der niederländischen Luftfahrtgesellschaft KLM, vom Sommer 1940 niederschlug.⁴⁸

Prinzipiell von Zweifeln gegenüber dem Sinn der machtsstaatlichen Tradition Europas getragen, mißtrauten die Repräsentanten des Kreisauer Kreises den Möglichkeiten und Vorsätzen, die für die „Honoratioren“ verpflichtend waren und die diese durch eine Renaissance der Staatskunst Bismarcks sublimieren zu können glaubten. Sie sahen in der Existenz des europäischen Nationalismus das Grundübel, das den Kontinent immer wieder in Kriege treibt. Daher ging es ihnen für die Zukunft nicht mehr darum, eine deutsche Hegemonie zu ersetzen.⁴⁹ Vielmehr strebten sie danach, die prinzipiell als verwerflich beurteilten Triebkräfte des Nationalismus ein für allemal zu überwinden. Für dieses Eintreten zugunsten eines radikal zu vollziehenden außenpolitischen und internationalen Wandels in der Zukunft waren gewiß in erheblichem Maße die politischen Überzeugungen der sozialdemokratischen Mitglieder des Kreisauer Kreises richtungweisend. In diesem Sinne hatte Julius Leber ja bereits 1928 diagnostiziert⁵⁰: „Europa krank... an einem Zustand, der nicht mehr in die Welt paßt: am Nationalismus... es wird höchste Zeit, daß auch die Politik anfängt, Schlußfolgerungen zu ziehen und das, was man Nationalismus nennt, über Bord wirft.“ Graf Moltke glaubte optimistisch daran, das Ende des Nationalismus sei bereits gekommen, da sich „der Nationalismus... als nicht mehr zugkräftige Parole erwiesen“ habe, „so in Frankreich, so in Deutschland“.⁵¹ Ja, mit folgenden sehr grundsätzlichen Überlegungen über das Verhältnis von Individuum und Staat einerseits und die Beziehungen zwischen den Staaten andererseits plä-

dierte er für eine übernationale europäische Ordnung⁵²: „Alle Lösungen, die dem Verlust des Glaubens als einigenden Bandes folgten, haben sich als soviel Unterscheidungsmerkmale erwiesen, um Mensch gegen Mensch auszunutzen. Die Untertanen eines Fürsten sind die natürlichen Gegner der Untertanen jedes anderen Fürsten, die Angehörigen einer Nation die natürlichen Gegner der Angehörigen aller anderen Nationen, die Angehörigen eines Volkstums die natürlichen Gegner der Angehörigen jedes anderen Volkstums geworden. Unter dieser Entwicklung zerbricht Europa; es ist die geschichtliche Aufgabe dieses Krieges, diese Gegensätze zu überwinden und mindestens für Europa eine einheitliche Grundauffassung wieder herzustellen; die notwendige Folge dieser Hoffnung ist die einheitliche Souveränität über Europa unter Überwindung aller einzelnen Souveränitätsansprüche.“ Die verständlicherweise nicht in allen Einzelheiten entworfene Konstruktion eines gleichberechtigt, in kleinen Einheiten organisierten Europa, in dem Grenzstreitigkeiten marginal sein würden, zielte darauf ab, eine europäische Zusammenarbeit von Gleichen zu erreichen, nicht aber, wie die „Honoratioren“ es planten, ein weltpolitisches Kondominium der Großen zu postulieren. Ja, trotz gewisser Unterschiede in der Beurteilung des Verhältnisses von Nationalstaat und Europa zwischen Adam von Trott zu Solz, der als Diplomat zu gut um die Kraft und Vorzüge des europäischen Nationalstaates wußte, ohne auch nur im entferntesten engstirniger Nationalist zu sein und ohne sich der Einsicht in die möglicherweise unumgängliche Notwendigkeit von Gebietsabtretungen, etwa „Ostpreußens als Kompensation an Polen“, von vornherein zu verschließen⁵³ und Moltke, der sich vom Gedanken des Nationalstaates weit entfernt hatte und sich mit territorialen Verlusten Deutschlands wie dem seiner schlesischen Heimat, die wohl Polen zufallen würde, vergleichsweise ruhig abfand⁵⁴, herrschte insgesamt bei den Kreisauern die Vision eines europäischen Bundesstaates vor, dessen Gestalt der niederländische Historiker Ger van Roon in seinem Buch über die „Neuordnung im Widerstand“ so beschrieben hat⁵⁵: „Mit der Ausarbeitung dieser Frage hat sich besonders Moltke befaßt, selbstverständlich im ständigen Gedankenaustausch mit den anderen. In seinem Nachlaß finden sich drei Fassungen einer Denkschrift ‚Ausgangslage, Ziele und Aufgaben‘ aus dem Jahre 1941. Die Form des neuen Europas ist nach ihm die des Bundesstaates. Seine Grenzen werden vom Atlantik, Mittelmeer und Schwarzen Meer, von der Ostgrenze Bessarabiens, dem alten Polen, den ehemaligen Baltenstaaten und Finnland gebildet. Unter Errichtung einer einheitlichen europäischen Souveränität soll das ganze Festland in kleine nicht-souveräne Staatsgebilde aufgeteilt werden. Diese haben unter sich Verflechtungen politischer Art. Als Beispiele erwähnt Moltke die skandinavischen Staaten, baltischen Staaten, osteuropäischen Staaten, deutschen Staaten, baltischen Staaten, westeuropäische Staaten des Mittelmeerraumes usw. England und Rußland werden dabei nicht zum europäischen Bundesstaat gerechnet. Um dem großen Gebilde des Bundesstaates ein wirksames Gegengewicht entgegenzustellen, sollen die Einzelstaaten als Selbstverwaltungskörper mit weitgehender Zuständigkeit aufgebaut werden; es soll also ein Aufbau von unten stattfinden.“ Sicht man einmal davon ab, Detailprobleme dieser Konzeption zu erörtern, und versucht man sie grundsätzlich zu beurteilen, so ergibt sich dies:

⁴⁴ Siehe dazu: K.-J. Müller: Ludwig Beck – Ein General zwischen Wilhelmismus und Nationalsozialismus. In: J. Geiss/D. J. Wendt (Hrsg.): Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Düsseldorf 1973, S. 522.

⁴⁵ P. Div (Hrsg.): Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. München, 3., erweiterte Aufl. 1925, S. 113 (Bericht Lerehenfelds vom 4. 6. 1914). Vgl. dazu auch: K. Hildebrand: Imperialismus, Wetrüsten und Kriegsausbruch 1914 (I). Zum Problem von Legitimität und Revolution im internationalen System. In: Neue Politische Literatur XX (1975), S. 170 und 190.

⁴⁶ Dazu V. R. Bergahn: Germany and the Approach of War in 1914. London 1973, S. 165ff., bes. S. 185.

⁴⁷ Ritter von Schramm: Beck und Goerdeler, S. 100f. und S. 104 („Das Ziel“).

⁴⁸ B. Martin: Friedensinitiative und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939–1942. Düsseldorf 1974, S. 324f. Plesmans sog. „spätimperialistisches“ Friedenskonzept schlug eine Aufteilung der von den großen Industriestaaten abhängigen restlichen Teile der Welt vor und bezog auch die Sowjetunion und Japan in seine global angelegten Friedensplanungen ein, die in Afrika das bevorzugte Gebiet internationaler Zusammenarbeit finden sollten.

⁴⁹ Graml: Außenpolitische Vorstellungen, S. 46.

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Denkschrift Moltkes; erste Fassung vom 24. 4. 1941 „Ausgangslage, Ziele und Aufgaben“, abgedruckt bei: van Roon: Neuordnung, Dokumentenanhang, S. 511.

⁵² Zit. bei: van Roon: Neuordnung, S. 452.

⁵³ Vgl. Graml: Außenpolitische Vorstellungen, S. 52ff.; Rothfels: Opposition, S. 153f.; das Zitat in: Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. Herausgegeben vom Archiv Peter für historische und zeitgeschichtliche Dokumentation. Stuttgart 1961, S. 34. Nicht übersehen werden darf in diesem Zusammenhang allerdings, daß Trott im Prinzip für das Reich als der „immer noch... zweitstärkste[n] Macht“ im „Europa zwischen Ost und West“ als „einzige Möglichkeit“ der Kriegsbeendigung „ein[en] ehrenvolle[n] Friede[n] ohne Besetzung, ohne Gebietsabtretungen, Kriegskontributionen, ohne politische Einkreisung und wirtschaftliche Fessel“ akzeptieren wollte. Siehe dazu auch: J. Kramerz: Claus Graf Stauffenberg. 15. November 1907–20. Juli 1944. Das Leben eines Offiziers, Frankfurt am Main 1965, S. 178. Diese Überlegungen Trotts lassen eine gewisse Parallellität seiner Gedankenbildung mit den außenpolitischen Plänen der „Honoratioren“ erkennen.

⁵⁴ Van Roon: Neuordnung, S. 457.

⁵⁵ Ebd. S. 454f.

Es dürfte nicht ganz angemessen sein, den Kreisauern, wie Gerhard Ritter dies tut⁵⁶, „ein eigenes, genau bestimmtes außenpolitisches Programm“ gleichsam abzusprechen. Ritter war wohl in so hohem Maße ein Repräsentant der „realistischen“ Schule internationalen Politikverständnisses⁵⁷, daß er es für nicht mehr sinnvoll hielt, die auf Ideen, Glauben und Vertrauen aufgebauten Bekenntnisse der Kreisauer zur grundlegenden Veränderung der national- und machtsstaatlichen Tradition Europas noch als Entwurf für eine außenpolitische und internationale Praxis anerkennen zu können. Denn „die Machtpolitik verurteilen“, so folgte im allgemeineren Zusammenhang Jahre später beispielsweise auch Raymond Aron, „heißt den ganzen Verlauf der politischen Geschichte verurteilen“.⁵⁸ Dennoch wird man zu würdigen haben, daß sich die Kreisauer ja keineswegs einfach in jene europäische Tradition radikalen Protestes gegen jede Form der Außenpolitik nationaler Staaten einreihen, die etwa im England des 19. Jahrhunderts die Cobdeniten fordern ließ, man solle auf Außenpolitik einfach verzichten, da sie doch nichts weiter sei als eine Sinekure des müßiggängerischen Adels⁵⁹, oder die im 20. Jahrhundert die russischen Revolutionäre wie vor ihnen schon Wilhelm Liebknecht einfach behaupten ließ, „die beste Außenpolitik“ sei gar „keine“.⁶⁰ Ihre Gedanken über die zukünftige internationale Organisation der Staatenwelt sind ohne Zweifel differenzierter gestaltet, wenn sie auch, der „idealistischen“ Tradition internationalen Politikverständnisses⁶¹ verhaftet, davon ausgingen, daß es möglich sein würde, Machtstreben und Konkurrenzdenken als Merkmale der europäischen Geschichte hinter sich zu lassen und schließlich ein „world commonwealth“⁶² auf Erden etablieren zu können. Diese Hoffnung basierte wohl nicht zuletzt darauf, daß die Kreisauer daran glaubten, ihre neue soziale Ordnung werde auch jenen neuen Menschentyp hervorbringen, der sich als Christ in erster Linie dem Gemeinwohl verpflichtet fühle und sich als Angehöriger einer souveränitätslosen Gebietseinheit in Europa den Urteilen übernationaler Schiedsrichter stellen werde.⁶³ Ihr Denken kreiste daher auch nicht primär um Probleme der außenpolitischen Revision, sondern sie suchten das Heil Europas in innenpolitischen Reformen, die so grundsätzlich ausfallen sollten, daß sie Europas Außenpolitik im herkömmlichen Sinne revolutionieren, ja aufheben würden, während sie sich einer „Lösung der kolonialen Frage“ im Grunde noch recht konventionell näherten.⁶⁴

Zweifellos sind die Überlegungen der Kreisauer auf philosophische und christliche Einsichten gegründet, die sie dazu bestimmten, den Versuch zu unternehmen, der Empirie der überlieferten Geschichte des Staatensystems zu entgehen. Ihre Auffassungen kommen sicherlich dem Idealtypus „idealistischen“ Politikverständnisses nahe, während man die Pläne der „Honoratioren“ um Goerdeler, Beck und von Hassell eher der „realistischen“ Schule zuzurechnen hat.

Als seit dem Ende des Jahres 1941 die Zusammenarbeit zwischen beiden Gruppen einsetzte, durchdrangen sich auch die beiden außenpolitischen Konzepte der „Honoratioren“ und des Kreisauer Kreises mehr und mehr. Angesichts der Tatsache, daß es offenbar kompromißhaft zur gemeinsamen Überzeugung wurde, daß Deutschland ein Reich bleiben müsse, ist wohl insgesamt Hermann Gramls Urteil zuzustimmen, wenn er feststellt⁶⁵: „Die

Gedankenwelt der Kreisauer ist gleichsam im nationalen Sinne aufgeladen worden.“ Insgesamt gesehen mag dieses Zusammenwirken dazu beigetragen haben, die Überlegungen der Kreisauer „realistischer“ erscheinen zu lassen und die Forderungen der „Honoratioren“ „europäischer“. Dennoch dürfte es so gewesen sein, daß die europäische Zukunftsvision der Kreisauer dem übrigen Europa seltsam fremd geblieben sein mag und die Europakonzeption der „Honoratioren“ „dem übrigen Europa“ nie „ferner als zu der Zeit“ war, als sie angingen, „in europäischen Gedanken zu denken“.⁶⁶ Die einen lebten stark in einer europäischen Zukunft und die anderen eher in der europäischen Vergangenheit, keine Gruppe scheint in erster Linie die Gegenwart Europas aus dem Blickwinkel der betroffenen und kämpfenden Nationen sowie ihrer Bedürfnisse beurteilt zu haben. Damit ist aber grundsätzlich die Frage aufgeworfen, an welchen Maßstäben solche Bewertung, Würdigung und Kritik der außenpolitischen Vorstellungen beider Gruppen orientiert ist.

2. Zu den Kategorien der Beurteilung

Es wurde bereits erwähnt, daß die Vorstellungen der Gruppe um Beck, Goerdeler und von Hassell in einer Tradition deutscher Außenpolitik zu betrachten sind, die mutatis mutandis durch die außenpolitische Linie Bethmann Hollwegs und Stresemanns vertreten wurde. Dies trifft auf das Festhalten am nationalstaatlichen Prinzip ebenso zu, wie für die Vertreter dieser Richtung charakteristisch war, daß sie nicht zuletzt mit wirtschaftlichen Mitteln Deutschlands Führungsrolle in Europa informell auszugestalten dachten und wie es ihnen stets darum ging, unter Beachtung der „politischen Gesamtsituation“ möglichst immer mit und nicht im Gegensatz zu Europa zu handeln.

Insgesamt galt das Bemühen der „Honoratioren“ der Aufgabe, das den kleindeutschen Nationalstaat seit seiner Gründung begleitende Kernproblem zu lösen, nämlich in außenpolitischer Hinsicht seine Unvollendetheit zu überwinden und die Zukunftslosigkeit seiner Existenz zu lindern. Dabei hielten sie, wie dies auch für Stresemann ganz selbstverständlich war⁶⁷, daran fest, auf einer eigenständigen Rolle Deutschlands zwischen Ost und West zu bestehen. Und in diesem Zusammenhang überschätzten sie, wie es die Staatsmänner Preußen-Deutschlands schon um die Jahrhundertwende taten, den gleichsam als natürlich und schwer überbrückbar angesehenen Gegensatz der beiden Weltmächte England und Sowjetunion, ohne angemessen zu erkennen, daß diese trotz ihrer machtpolitischen und ideologischen Differenzen nicht zuletzt gerade aufgrund der von Deutschland in Gang gesetzten, das Hegemonialproblem aufwerfenden Vorgänge auf dem Kontinent immer wieder zueinander geführt wurden.⁶⁸ Doch trotz dieser allerdings fatalen Fehlkalkulation, die auch das Konzept der „Honoratioren“ begleitete und seine Realisierungschance erheblich beeinträchtigte, ist über die subjektive Absicht nicht hinwegzusehen, ihre national dimensionierte Europapolitik in eine umfassende Verständigung mit den anderen Großmächten und in ein allseits anerkanntes völkerrechtliches Verfahren überleiten zu wollen. Doch selbst eine so maßvoll gestaltete Führung des Reiches auf dem Kontinent zu akzeptieren, fiel den betroffenen Staaten und den maßgebenden Mächten Europas zu schwer.

Dabei war die Praxis, in Kategorien der überlieferten Machtpolitik zu denken, im Europa der dreißiger und vierziger Jahre auch bei den westlichen parlamentarischen Nationen durchaus normal. Ja, davon abgesehen, sei allein daran erinnert, welche territorialen Zugeständnisse die englische Regierung Neville Chamberlains gegenüber Hitlers Deutschland mit den britischen und europäischen Interessen für vereinbar ansah, falls nur der alles, interna-

⁵⁶ Ritter: Goerdeler, S. 334.

⁵⁷ Siehe dazu R. Meyers: Die Lehre von den internationalen Beziehungen. Ein entwicklungsgeschichtlicher Überblick. Düsseldorf 1977, S. 55 ff.

⁵⁸ R. Aron: Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt, Frankfurt am Main 1963, S. 693.

⁵⁹ K. Bourne: The Foreign Policy of Victorian England 1830-1902, Oxford 1970, S. 83.

⁶⁰ D. Geyer: Voraussetzungen sowjetischer Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit. In: Ders. (Hrsg.): Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Außenpolitik 1917-1955, Köln/Wien 1972, S. 31.

⁶¹ Siehe dazu Meyers: Internationale Beziehungen, S. 44 ff.

⁶² Van Room: Neuordnung, S. 467.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Ebd., S. 465 f.

⁶⁵ Graml: Außenpolitische Vorstellungen, S. 65.

⁶⁶ Ebd., S. 41. – Zur Idee einer europäischen Einigung in den verschiedenen Résistance-Bewegungen vgl.: Lipgens: Anfänge der europäischen Einigungspolitik, bes. S. 43 ff.

⁶⁷ Siehe dazu H. A. Turner, jr.: Stresemann und das Problem der Kontinuität in der deutschen Außenpolitik. In: G. Ziebuhr (Hrsg.): Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871. Darmstadt 1975, S. 284 ff., bes. S. 287.

⁶⁸ Vgl. dazu grundsätzlich: Dehio: Gleichgewicht oder Hegemonie, beispielsweise S. 197, S. 201, S. 204 ff. und S. 227.

tionale Ordnung und soziales Gefüge Europas, bedrohende Krieg vermieden werden konnte. Darin durften sich die „Honoratioren“ sogar in einem gewissen Gleichklang mit den englischen Konservativen fühlen: Beide dachten zwar grundsätzlich in den Kategorien des überkommenen Staatensystems, beide waren aber darauf bedacht, die soziale Revolution in nationalem und internationalem Maßstab zu bannen, und daher lag beiden der Gedanke fern, möglicherweise das internationale System zu revolutionieren, um sich inneren Reformen zu entziehen. Trotz solcher Übereinstimmungen erwies sich dennoch, daß es die für beide verbindlichen Kategorien der Machtpolitik waren, die, fast möchte man sagen, automatisch und erneut zu den für den britisch-deutschen Antagonismus charakteristischen Mißverständnissen und Gegensätzen führten: Was den „Honoratioren“ als mit europäischen und britischen Interessen vereinbar vorkam, hielt die englische Regierung Churchill als mit ihren Forderungen und denen der mittleren und kleinen Staaten Europas für unverträglich. Ja, was den „Honoratioren“ angesichts der sowjetischen Gefahr als für England vorteilhaft erschien, nämlich ein unter deutscher Führung stehendes Kontinentaleuropa im Einvernehmen mit Großbritannien zu errichten, empfanden die Engländer zeitgenössisch durchweg als eine größere Bedrohung als die, die von der stalinistischen Sowjetunion ausging. Unter diesem Gesichtspunkt gesehen, identifizierten die britischen Staatsmänner mehr und mehr Hitlers Großraumvorstellungen mit den außenpolitischen Ideen der „Honoratioren“. Ohne daß wir rückblickend die Unterschiede der Motive und Ziele verkennen dürfen, ist für den Gang der internationalen Politik wesentlich geworden, daß es den „Honoratioren“ nicht gelungen ist, Briten und Amerikaner, auf deren Hilfe sie für die Verwirklichung ihrer außenpolitischen Vorstellungen hofften, davon zu überzeugen, daß sie eine Alternative zu Hitler darstellten.

Was die stärker „idealistisch“ orientierten Vorstellungen des Kreisauer Kreises angeht, so hat bereits Hermann Graml darauf hingewiesen⁶⁹, daß sie in einer Linie deutscher außenpolitischer Tradition einzuordnen sind, die sich zum ersten Mal vernehmlich und kritisch im Zusammenhang mit der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg zu Wort meldete. Dabei ist nicht zuletzt auch an Bethmann Hollwegs grundlegende Kritik gegenüber den Bedingungen des europäischen nationalstaatlichen und imperialistischen Erbes zu denken⁷⁰, die dann in den zwanziger Jahren von seinem langjährigen Mitarbeiter und Berater Kurt Riezler literarisch vertieft wurde.⁷¹ Im Hinblick auf das Urteil der Kreisauer, die an Bethmann Hollwegs grundsätzliche Zweifel am „Imperialismus, Nationalismus und wirtschaftliche[n] Materialismus“⁷² im modernen Europa anknüpften, muß man sich aber doch wohl fragen, ob die starke Betonung überpersönlich und übernational wirkender Kräfte als Ursachen für die Misere der internationalen Politik nicht einen Systemzwang unterstellt, der den tatsächlich ja doch bestehenden Freiheitsspielraum individueller und nationaler Art unterschätzt. Im Lichte einer solch rigorosen, die Fundamente des internationalen Systems verurteilenden Erkenntnis der Kreisauer, die davon ausgingen, daß das internationale System mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit und Selbsttätigkeit Kriege, Revisionsansprüche und Hegemonialkämpfe produziere, ist wohl auch Moltkes Forderung zu verstehen, sich gegen die militärische Niederlage des Deutschen Reiches nicht aufzulehnen. Auf diesem Weg, so scheint es,

⁶⁹ Graml: Außenpolitische Vorstellungen, S. 48.

⁷⁰ Vgl. Bethmann Hollwegs Brief an Prinz Max von Baden vom 17. 1. 1918. Abgedruckt in: E. von Vietsch: Bethmann Hollweg, Staatsmann zwischen Macht und Ethos. Boppard am Rhein 1969, S. 327 ff. Von solcher gelegentlich formulierter, sehr grundlegender Kritik gegenüber der überlieferten europäischen Machtpolitik abgesehen, hielt der ehemalige Reichskanzler ansonsten nach der deutschen Niederlage von 1918 daran fest, in der Tradition des nationalstaatlichen Denkens das Problem des Kriegsausbruchs, des Kriegsverlaufs und des Kriegsendes zu betrachten. Siehe dazu F. Stern: Bethmann Hollweg und der Krieg: Die Grenzen der Verantwortung, Tübingen 1968, S. 46 f.

⁷¹ K. D. Erdmann: Kurt Riezler – ein politisches Profil (1882–1955). In: Ders. (Hrsg.): Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Göttingen 1972, S. 134 ff.

⁷² Von Vietsch: Bethmann Hollweg, S. 328.

glaubte er daran, könne es gelingen, von Deutschland ausgehend zu einer allgemeinen moralischen Besinnung zu gelangen und endlich die vertrauten Regeln internationaler Politik außer Kraft zu setzen, ja, der Geschichte des Staatensystems und ihren Bedingungen ein für allemal zu entkommen.⁷³

Über den Rahmen deutschen außenpolitischen Denkens hinaus hat man diese „idealistische“ Gesinnung der Kreisauer sicherlich auch im Kontext mit jener europäischen Strömung radikaler außenpolitischer Umorientierungsversuche zu beurteilen, die in den Haager Konferenzen mitten in der Ära des Imperialismus Ausdruck fanden, im Gedankengut des europäischen Sozialismus und der verschiedenen Friedensbewegungen nicht eben geschichtsmächtig weiterlebten und dann nach der Aufbruchstimmung in den Jahren nach Ende des Ersten Weltkrieges im Grunde recht schnell wieder von der „Realpolitik“ überholt und verdrängt wurden. Es ist gut vorstellbar, daß das „idealistische“ außenpolitische Konzept der Kreisauer den britischen Tories beispielsweise genauso unwirksam und beunruhigend vorgekommen sein mag⁷⁴, wie sie die Forderungen der „Honoratioren“ als machtpolitisch zu ausladend ablehnten.

Beide Konzepte gewannen – zeitgenössisch gesehen – ihren übermächtig, ja, bedrückend wirkenden Vergleichsmaßstab wohl in erster Linie in Hitlers programmatischer Außen-, Kriegs-, Besatzungs- und Rassenpolitik. Beide Konzepte, so grundlegend sie sich voneinander abhoben, bildeten auf ihre Art einen qualitativen Bruch mit der Politik Hitlers. Dies liegt für die Vorstellungen der Kreisauer auf der Hand, dies gilt ebenso für die Entwürfe der „Honoratioren“. Denn in eben dem Maß, in dem sie Krieg für verderblich erachteten, wurde er für Hitlers „Programm“ zum Bewegungsgesetz. Wie sie sich der außenpolitischen Tradition Bismarcks, Bethmann Hollwegs und Stresemanns verpflichtet fühlten, um das Reich im europäischen Rahmen zu führen, so knüpfte Hitler nur scheinbar an Vorbilder deutscher Außenpolitik an, brach im Grunde mit jeder Tradition und trachtete danach, das Europa der Nationen in einem nationalsozialistischen Großraum untergehen zu lassen. Während die „Honoratioren“ in innen- und außenpolitischer Perspektive revolutionäre Erschütterungen zu vermeiden bemüht waren, strebte Hitler letztlich nach einer totalen, nämlich rassistisch dimensionierten Neugestaltung Deutschlands, Europas und der Welt. Und so hart und unannehmbar sich die territorialen Forderungen der „Honoratioren“ für die betroffenen Staaten und Nationen beispielsweise in Ostmitteleuropa ausnahmen und wohl auch von jenem traditionell in der deutschen Außenpolitik zu beobachtenden Zug zu einer unterschiedlichen Behandlung west- und osteuropäischer Fragen mitgetragen waren⁷⁵, mit Hitlers Besatzungs-, Umsiedlungs- und Rassenpolitik in Osteuropa hatten sie nichts gemein. Vor solcher Untat bewahrte sie auf der einen Seite die ihnen eigene Rationalität ihres Planens. Davon hielten sie auf der anderen Seite, ja, in entscheidenderem und ausschlaggebenderem Maße ihre moralische Position, ihr (christlicher) Glaube sowie ihre Achtung vor der überlieferten europäischen Kultur- und Nationalstaatstradition ab. An diese Gedanken anknüpfend, sollen nun noch einmal im einzelnen die ostpolitischen Vorstellungen im deutschen Widerstand beschrieben und beurteilt werden.

⁷³ Vgl. dazu Anmerkungen 37 und 51.

⁷⁴ Die Frage, in welchem Maße die politischen Zukunftsvorstellungen des Kreisauer Kreises zeitgenössisch in Großbritannien bekannt waren und welche Beurteilungen sie fanden, wäre einer eingehenderen Untersuchung wert.

⁷⁵ Vgl. dazu auch: E. Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche. Action française. Italienischer Faschismus. Nationalsozialismus. München 1963, S. 434 f. (Begriff des „europäischen Normalkrieges“ etc.).

3. Zu den ostpolitischen Vorstellungen im deutschen Widerstand

Was eine Betrachtung der ostpolitischen Vorstellungen der Kreisauer angeht, so hat man sich vorab vor Augen zu führen, daß es für ihre Idee eines in Selbstverwaltungskörperschaften übernational eingerichteten Europa gar nicht von erstrangigem Interesse war, en détail territoriale Probleme zu präzisieren. Vorrang im Hinblick auf die Beziehungen Deutschlands zu Ostmittel- und Osteuropa hatte dagegen die von Moltke wiederholt im Zusammenhang mit dem deutschen Verhältnis gegenüber Polen vorgetragene Bereitschaft zur „Wiedergutmachung“.⁷⁶ Nach den Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg übertraf diese Forderung bei weitem das, was ein anderes Mitglied des Kreisauer Kreises, Paulus van Hussen, schon 1930 geschrieben hatte, was damals für das Empfinden weitester Teile der führenden Schichten und der breiten Bevölkerung der Weimarer Republik revolutionär klingen mußte und was für die Gedankenbildung der Kreisauer verpflichtend blieb⁷⁷: „Das Bestehen Polens und gute Beziehungen zwischen ihm und Deutschland sind eine europäische Notwendigkeit.“ In Fortführung dieser außenpolitischen Annahme und vom Willen zur „Wiedergutmachung“ bewegt, beurteilte beispielsweise Moltke das polnische Problem. Niemals gab es einen Zweifel darüber, daß ein freier polnischer Staatskörper wiedererstehen würde, immer klarer wurde den Kreisauern, daß auf beträchtliche Territorien zugunsten Polens zu verzichten sei, wünschenswert erschien ihnen aber, daß „die Ostgrenze... des alten Polen“ wiederaufgerichtet werde.⁷⁸ Unbestritten war auch die Vorstellung, daß ein freier tschechischer Staat erneut zu errichten sei⁷⁹; im Hinblick auf Österreich gab es die Hoffnung, es werde sich freiwillig dem Reich anschließen und ein Gegengewicht gegen die preußischen Traditionen Deutschlands bilden.⁸⁰ Anders als beispielsweise die „Honoratioren“, die wohl daran gedacht hatten, Grenzfragen in einem gewissen Maße im Kreis der großen Mächte zu regeln, bestand bei den Kreisauern die Bereitschaft, von deutscher Warte aus bußfertig und großzügig mit den betroffenen Staaten direkt über Entschädigungen zu verhandeln. Julius Leber etwa scheint im Rahmen einer Besprechung führender Repräsentanten des deutschen Widerstandes im Juni 1944 die Forderung nach den Grenzen von 1914 als unrealistischen Wunsch erachtet zu haben, und hielt demgegenüber einen „Verzicht auf Ostpreußen, Elsaß-Lothringen, den Sudetengau usw.“ für angebracht.⁸¹ Mit Ausnahme von Moltke scheinen Teile der Kreisauer, so auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Kreises, lange Zeit noch daran gedacht zu haben, Deutschland die Grenzen des Jahres 1933 bzw. 1937 zu geben bzw. zu erhalten – eine Forderung, von der angesichts des sich steigernden Kriegsgeschehens und zunehmender Bußfertigkeit Abstand genommen wurde. Daß man diese Bereitschaft zu territorialen Konzessionen insgesamt so begründen kann, wie Hermann Graml es tut⁸², der die gesellschaftspolitische Orientierung der Kreisauer dafür als verantwortlich ansieht, daß sie auf außenpolitische Machtentfaltung weniger Wert legten, ist als Beobachtung einerseits sicherlich richtig und als Feststellung andererseits doch ergänzungsbedürftig. Denn innere Reformbereitschaft und äußere Machtentfaltung brauchen sich ja keineswegs auszuschließen, sie können sich gerade fruchtbar und wirkungsvoll ergänzen. Auf keinen Fall sollte diese Feststellung im Vergleich mit den Plänen der „Honoratioren“ den Eindruck entstehen

⁷⁶ van Rooy: Neuordnung, S. 458.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Denkschrift Moltkes; dritte Fassung vom 20. 6. 1941. Abgedruckt in: Van Rooy: Neuordnung, Dokumentenanhang, S. 518.

⁷⁹ H. Rothfels (Hrsg.): Zwei außenpolitische Memoranden der deutschen Opposition (Frühjahr 1942). In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5 (1957), S. 394 und S. 387; wiederabgedruckt bei van Rooy: Neuordnung, Dokumentenanhang S. 572 ff. Vgl. auch: van Rooy: Neuordnung, S. 459. Zu der Vorstellung, sowohl einen freien polnischen und tschechischen Staat „im Rahmen ihrer ethnographischen Grenzen“ wiederherzustellen, und zu den sich daraus ergebenden Ansprüchen auf das Sudetenland und Teile Westpreußens siehe auch: Graml: Außenpolitische Vorstellungen, S. 67.

⁸⁰ Ebd., S. 457 ff.

⁸¹ Kaltenbrunner-Berichte, S. 118.

⁸² Graml: Außenpolitische Vorstellungen, S. 69.

lassen, als hätten die Repräsentanten um Beck, Goerdeler und von Hassell durch Festhalten an traditionellen außenpolitischen Konventionen und Forderungen inneren und sozialen Wandel blockieren wollen. Dies lag nicht in ihrer Absicht, dies entsprach kaum ihrem Selbstverständnis, und dies würde ihre Bereitschaft zur Anpassung an veränderte innenpolitische Konstellationen unterschätzen.⁸³

Was endlich das Verhältnis des Kreisauer Kreises zur sowjetischen Großmacht betrifft, so verachteten seine Mitglieder die stalinistische Diktatur durchgehend und dachten auch nicht daran, die Sowjetunion in den europäischen Staatenbund einzubeziehen. Doch hüteten sie sich davor, in Feindbildvorstellungen und Phobien gegenüber der Sowjetunion und dem russischen Volk zu verfallen, um nicht Wege zu friedlicher Zusammenarbeit von vornherein zu verstellen und um auf gar keinen Fall Regime und Volk zu identifizieren.⁸⁴ Sie waren gegenüber der Sowjetunion von der Idee einer prinzipiellen Gegnerschaft, die für Hitler Maß und Ziel seiner Außenpolitik darstellte, ebenso weit entfernt wie von dem Gedanken an ein machtpolitisches Zusammengehen zwischen dem Reich und Sowjetrußland bzw. der UdSSR, das für die antipolnische Linie der Weimarer Revisionspolitik charakteristisch gewesen war.⁸⁵

Will man ein Urteil über die ostpolitischen Vorstellungen der „Honoratioren“ fällen, so ist kaum zu übersehen, daß sich die Unterschiede im außenpolitischen Denken Goerdelers und Hitlers schon sehr früh abzeichneten. Sie wurden bereits im Jahre 1934 in einer Kontroverse über die deutsche Ostpolitik sichtbar, die weit über sich hinaus auf prinzipielle Gegensätze in der Einschätzung der internationalen Lage verwies.⁸⁶ Denn trotz aller Revisionen, die die „Honoratioren“ forderten, erachteten sie letztlich doch die Existenz des Europas der verschiedenen und souveränen Nationen im großen und ganzen als legitim. Hitler dagegen strebte danach, den Status quo des internationalen Systems und Europas grundsätzlich zu revolutionieren und zu zerstören.

In einem Gutachten über die wirtschaftliche Lage äußerte Goerdeler – noch vor der Übernahme seines Amtes als Reichskommissar für Preisüberwachung am 5. November 1934 – im August 1934 im Rahmen einer „An den Reichskanzler Adolf Hitler“ gerichteten Denkschrift^{86a} unter anderem Kritik an Hitlers neuer Polenpolitik, die im Abschluß des Nichtangriffspaktes vom 26. Januar 1934 ihren Niederschlag fand.⁸⁷ Hitler hatte damit die überlieferte Linie deutscher Ostpolitik verlassen und ihre „abrupte Umorientierung“⁸⁸ eingeleitet: Anders als die Außenpolitik der Weimarer Republik, nämlich zusammen mit der Sowjetunion (und versuchsweise auch zusammen mit Frankreich) antipolnische Politik zu treiben, hatte er sich dafür entschieden, – vorerst – zusammen mit Polen eine antisowjetische (und

⁸³ Unter diesem Gesichtspunkt dürfte Hans Mommsens eher kritisch gefärbtes Urteil (H. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne, bes. S. 162 ff.) über die politischen Ideen und Zukunftsentwürfe des deutschen Widerstandes weniger an den zeitgenössischen Bedingungen und Möglichkeiten orientiert sein, innerhalb derer sich die Repräsentanten des Widerstandes bewegten und bis zu einem gewissen Grade eben auch zu bewegen hätten. Vielmehr scheint es seine Maßstäbe eher aus den Gegebenheiten der pluralistischen Nachkriegstradition der Bundesrepublik Deutschland als einer „parlamentarischen Demokratie unter den Bedingungen der technisch-industriellen Arbeitswelt“ (S. 166 f.) zu gewinnen und die tatsächlich vorhandene Bereitschaft zu politischem und sozialem Wandel auf seiten der verschiedenen Vertreter des deutschen Widerstandes vielleicht doch zu gering zu bewerten. Vgl. dazu auch: K. Hildebrand: Weltmacht oder Untergang: Hitlers Deutschland 1941–1945. In: O. Hauer (Hrsg.): Weltpolitik II 1939–1945. 14 Vorträge. Göttingen/Frankfurt am Main/Zürich 1975, S. 317 f.

⁸⁴ Van Rooy: Neuordnung, S. 461.

⁸⁵ Zu diesen beiden Möglichkeiten deutscher Ostpolitik in der Zwischenkriegszeit vgl. jetzt auch den Aufsatz von K. Hildebrand: Das Deutsche Reich und die Sowjetunion im internationalen System 1918–1932. Legitimität oder Revolution? Wiesbaden 1977.

⁸⁶ Ritter: Goerdeler, S. 68 ff.

^{86a} Eine Einsichtnahme in das Original des Dokuments, das sich in dem im Bundesarchiv Koblenz aufbewahrten „Nachlaß Goerdeler“, Nr. 21, befindet, wurde mir leider nicht gestattet.

⁸⁷ Dazu M. Wojciechowski: Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933–1938. Leiden 1971 (Erstveröffentlichung in polnischer Sprache 1965), S. 70 ff., bes. S. 102 ff., sowie: G. Wollstein: Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland. Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 217 ff. und besonders: Ders.: Hitlers Nichtangriffspakt mit Pilsudski von 1934. In: Begegnung mit Polen. Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung 12 (1974), S. 82 ff.

⁸⁸ K. D. Bracher: Die Krise Europas 1917–1945. Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1976, S. 167.

möglicherweise auch antifranzösische) Politik zu verfolgen. Goerdeler kritisierte diese Schwenkung heftig. Er forderte nach wie vor eine im nationalen Sinne akzeptable Lösung der Grenzfragen in Ostmitteleuropa, da ihm der „Korridor“ als ein „Pfahl im Fleisch“ der deutschen „Wirtschaft und [der deutschen] Ehre“ vorkam und er eine Bereinigung dieses Problems für die Existenzsicherung des Reiches als notwendig ansah. Er sprach sich in diesem Zusammenhang für einen „Befreiungskampf“ aus, für den man auf die Rückendeckung „verlässliche[r] Völker“, wohl der Westmächte, angewiesen sei. Damit stand Goerdeler ganz in der außenpolitischen Tradition der Weimarer Republik, die er weiter zu verfolgen empfahl, während er Hitlers außenpolitische Kurskorrektur ablehnte, wenn er auch einräumte, Hitlers Abkommen könne vorläufigen Charakter tragen, um Bewegungsspielraum für die Aufrüstung zu gewinnen.

Hitlers dramatische Wendung und Goerdelers entsprechende Reaktion ließen grundsätzliche Unterschiede in den außen- und ostpolitischen Vorstellungen der beiden Kontrahenten früh erkennen. Hitler dachte daran, über taktische Motive hinaus im Zuge seiner Hinwendung zu Polen, Frankreich zu schwächen und zu isolieren, um Manövrierfreiheit für seine letztlich expansionistisch gegen die Sowjetunion gerichtete Außenpolitik zu erhalten.⁸⁹ Tatsächlich wird sein das deutsche Auswärtige Amt in Atem haltender Schachzug allein vor dem Hintergrund seiner revolutionären Außenpolitik richtig verständlich, die darauf zielte, das seit dem 18. Jahrhundert zum europäischen Staatensystem gehörige Rußland, nunmehr die Sowjetunion, auszuschalten und in seine „ursprünglichen historischen Teile“ zu zerlegen, wie er es gut zwei Jahre darauf im Gespräch mit Botschafter Oshima plastisch darstellte.⁹⁰ Hitlers vorläufige Hinwendung zu Polen ging einher mit seiner resolut antisowjetischen Politik und trachtete im Grunde danach, den internationalen Status quo zu revolutionieren, indem er die Sowjetunion als Mitglied des Staatensystems zu beseitigen und Frankreichs Rolle als der führenden Militärmacht Europas wesentlich zu reduzieren suchte.⁹¹ Demgegenüber ist Goerdelers nationalistisch erscheinende, antipolnisch orientierte Vorstellung über deutsche Außenpolitik von ganz anderer Qualität. Trotz bzw. gerade aufgrund seiner entschiedenen antipolnischen Haltung stellte er niemals, mit Hitlers Überlegungen vergleichbar, die Existenz der französischen Großmacht und der sowjetischen Flügelmacht prinzipiell in Frage. Im Grunde lebte er nach wie vor in jener für den betroffenen Staat so bitteren Tradition sog. „negativer Polenpolitik“⁹², die aber gleichzeitig auch die Funktion erfüllen konnte, den Frieden unter den Großmächten zu erhalten und den europäischen Status quo im großen und ganzen zu garantieren. Für Goerdeler stand zu keiner Zeit die Existenz des internationalen Systems prinzipiell zur Diskussion, immer forderte er lediglich graduellen Wandel in Form von Revisionen, war jedoch weit davon entfernt, zur grundsätzlichen Zerstörung des europäischen Staatensystems in revolutionärer Perspektive aufzurufen.

Im Grunde blieb dieses außenpolitische Konzept für die „Honoratioren“ in bezug auf ihre ostpolitischen Vorstellungen verbindlich. Revisionen schienen ihnen mit dem insgesamt bestehenden Zustand Europas vereinbar, ohne daß sie offenbar imstande waren zu erkennen, daß beispielsweise die Polen auf der einen Seite und Großbritannien andererseits solche revisionistischen Überlegungen von ihrer Warte aus gegenteilig einschätzen würden. Bei allen fundamentalen Unterschieden zwischen den ostpolitischen Vorstellungen Hitlers und denen

⁸⁹ Vgl. die in Anmerkung 87 angeführten Arbeiten von Wollstein.

⁹⁰ H.-A. Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938. Frankfurt am Main/Berlin 1968, S. 819.

⁹¹ Allgemein zur revolutionären Qualität des Nationalsozialismus und der Außenpolitik des „Dritten Reiches“ K. D. Bracher: Tradition und Nationalsozialismus. In: Ders., Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie. München 1976, S. 62ff.

⁹² K. Zernack: Das Zeitalter der nordischen Kriege von 1558 bis 1809 als frühneuzeitliche Geschichtsepoche. In: Zeitschrift für Historische Forschung 1 (1974), S. 56 und passim.

der „Honoratioren“ hat man eben zu konstatieren, daß sich, wie Richard Breyer es einmal gesagt hat⁹³, „Goerdeler unter keinen Umständen bis zur Preisgabe deutscher Revisionsansprüche gegenüber den Grenzen von Versailles durchringen konnte, so stark auch ein geradezu tragischer Mißklang von ihm empfunden werden mochte, den legitimen Anspruch auf eine Revision der Versailler Ostgrenze durch Hitler erfüllt zu sehen“. Ja, es ist Breyer noch einmal zustimmend anzuführen, wenn er über die Ostgrenze und die Ostpolitik eines vom Reich geführten europäischen Staatenbundes, der als eine echte Friedensmacht fungieren sollte, zutreffend bemerkt⁹⁴: „Freilich mußte der Kern von Goerdelers Sache die polnischen Interessen beeinträchtigen, auch wenn der ‚friedliche Ausgleich‘ sich grundlegend von der Methode Hitlers unterschied und er die eigene militante Haltung der Jahre kurz nach Versailles weit hinter sich gelassen hatte.“

Zwar dachten die „Honoratioren“ daran, Polen, Polen und eine tschechische Republik als Nationalstaaten wiedererstehen zu lassen, doch hielten sie mit mehr oder minder großen Abweichungen an ihrer Forderung nach der deutschen Ostgrenze von 1914 fest und glaubten auch, es sei notwendig, Österreich und das Sudetenland beim Reich zu belassen. Selbst als sich gegenüber westlichen Territorien und Grenzfragen im Verlauf des Krieges Kompromißbereitschaft erkennen ließ, blieb die Haltung gegenüber Polen in dieser Beziehung konstant.⁹⁵ Freilich erschien Goerdeler der Kampf für die Verteidigung der polnischen Ostgrenze aller militärischen Anstrengungen von seiten des Deutschen Reiches aus wert zu sein, doch ist nicht zu übersehen, daß alle diese großmächtlichen Ansprüche des Reiches in Ostmittel- und Osteuropa den übrigen Staaten wohl schon nicht mehr akzeptabel und zeitgemäß vorkamen.

Wenn auch nicht vergessen werden darf, daß die „Honoratioren“ niemals daran dachten, in einer Fortsetzung des außenpolitischen Denkens der Dritten Obersten Heeresleitung⁹⁶ und Hitlers, Rußland bzw. die Sowjetunion als Partner des Staatensystems auszuschalten und sich mit ihren Überlegungen von Hitlers Rassenpolitik entschieden abhoben, so ist doch festzuhalten: Das schon lange vor dem Ersten Weltkrieg in Europa aufgekommene Gefühl, die Existenz des Deutschen Reiches als mit den Bedürfnissen und Interessen Europas unverträglich einzuschätzen, rückte die „Honoratioren“ im Urteil des Auslandes eng an die Seite Hitlers. So schwer für uns heute dieser Vorgang angesichts der wesentlichen Unterschiede im außenpolitischen Denken und in der praktischen Außen-, Kriegs-, Besatzungs- und Rassenpolitik nachvollziehbar ist, für das britische Urteil waren es die ausladenden territorialen Forderungen der „Honoratioren“ in Ostmitteleuropa, die einfach nicht annehmbar erschienen. Und für eine schwer leidende Nation wie Polen konnte es wohl kaum glaubhaft sein, einerseits der Machtpolitik im traditionellen Stil zu huldigen und andererseits glaubwürdig versichern zu wollen, daß man mit der Rassenpolitik Hitlers nichts zu tun habe. Traditionelle Macht- und neuartige Rassenpolitik dürften in Ostmitteleuropa eher wie die beiden zusammengehörigen Seiten einer Medaille empfunden worden sein.

Das führt uns abschließend dazu, das Gesagte noch einmal in der Frage nach den jeweiligen Vorstellungen über die internationale Ordnung der Nachkriegszeit zusammenzufassen, die die „Honoratioren“ anstrebten und von der die Kreisauer träumten. Beide gewannen ihre Konzepte auf ihre Art und ihrem Verständnis gemäß in der Auseinandersetzung mit Hitlers Diktatur, die die einen primär als Perversion und Bruch deutscher und europäischer Überlieferungen einschätzten und die die anderen stärker als fast zwangsläufiges Ergebnis der überkommenen machstaatlichen Tradition Europas beurteilten.

⁹³ Breyer: Goerdeler und die Ostgrenze, S. 201.

⁹⁴ Ebd., S. 202.

⁹⁵ Ebd., S. 205.

⁹⁶ Hillgruber: Deutschlands Rolle, S. 58ff., bes. S. 61f.

III.

Schlußbetrachtung

Der amerikanische Historiker L. L. Farrar hat in einem gedankenreichen Buch über die „Short-War Illusion“⁹⁷ der europäischen Großmächte vor und zu Beginn des Ersten Weltkrieges darauf hingewiesen, daß Europa im Grunde seit 1914 in einem Zustand des machtpolitischen Patts gelebt habe. Stets sei es der Entente möglich gewesen, das Reich in Schranken zu halten, nicht fähig gewesen sei sie allerdings dazu, die deutsche Bedrohung ein für allemal beizulegen. Das Deutsche Reich habe seinerseits über genügend Macht verfügt, das bis 1914 existierende Staatensystem zu zerstören, habe es aber nicht zu dominieren oder durch eine neue Ordnung zu ersetzen vermocht. Dieser Zustand, so scheint es Farrar, mußte mit Wahrscheinlichkeit dazu führen, daß Europa in eine neue Auseinandersetzung geriet, die seine Vorherrschaft über die Welt endgültig beseitigen würde. Im Grunde, so faßt er seine Überlegungen zusammen, habe das Patt von 1914 bereits auf das Ende des traditionellen Staatensystems im Jahre 1945 verwiesen.⁹⁸

Ein solches Urteil zu fällen, ist uns heute im Rückblick möglich. Dazwischen lagen jedoch mannigfache Versuche, das europäische Staatensystem zu restaurieren, durch Wandel oder Revision neu einzurichten und zu beleben oder durch eine moralische Anstrengung in eine ganz neue Qualität zu überführen.⁹⁹ In diesem Zusammenhang sind als deutsche Beiträge dazu auch die außenpolitischen Vorstellungen des Widerstandes zu würdigen.

Am konsequentesten gedachten die Kreisauer, den Teufelskreis der europäischen Machtpolitik zu sprengen und das System der Aushilfen sowie der letztlich doch immer vergeblich verlaufenden Bemühungen um Zähmung sowie Abbau der Macht in Form von Bündnis- und Gleichgewichtskonstruktionen ein für allemal hinter sich zu lassen. Um dieses Ziel zu erreichen, waren sie bereit, mit hohem Preis beispielsweise in territorialer Hinsicht zu zahlen. Ihr „idealistisch“ anmutendes Konzept ist primär vor dem Hintergrund der ungeheuerlichen Erfahrungen während des Zweiten Weltkrieges zu verstehen. Wie tragfähig und zukunfts-trächtig es allerdings sein konnte, mag schon zeitgenössisch sehr fragwürdig erschienen sein. Wie konnte ein Konzept von Außenpolitik, das davon ausging, sich aus der internationalen Politik als Konkurrenzkampf zurückzuziehen, das Sicherheits- und Machtdilemma¹⁰⁰ der Staatenwelt einfach zu negieren, durch ein neues Menschenbild zu überwinden und sich auf moralische Erneuerung sowie völkerrechtliche Sicherungen zu verlassen, im Grunde bestehen, wenn man sich vor Augen führt, daß die beiden aus dem Weltkrieg als Führungsmächte hervorgehenden Staaten, die UdSSR und die USA, in erster Linie daran dachten, im je nationalen Interesse den Einfluß der Pax Sovietica und Pax Americana soweit wie möglich auszudehnen.¹⁰¹ Ja, darüber hinaus darf man auch nicht übersehen, wenn man über das Konzept der Kreisauer urteilen will, daß ja auch innerhalb der verschiedenen, gegen Hitler kämpfenden europäischen Résistancen¹⁰² nicht allein europäische Zukunftspläne geschmiedet

wurden, sondern verständlich und wirkungsvoll gerade die patriotische Besinnung auf die nationalstaatliche Idee es war, die zum Kampf gegen das „Dritte Reich“ beflügelte und somit für die Gestaltung der Nachkriegswelt verpflichtend sein würde, die wohl kaum im Sinne der Kreisauer außenpolitischen Vorstellungen der traditionellen Machtpolitik prinzipiell eine Absage erteilen würde.

Die Entwürfe der „Honoratioren“ waren im Grunde an den Maßstäben ausgerichtet, die die europäische Staatengeschichte im allgemeinen und die der preußisch-deutsche Nationalstaat Bismarckscher Herkunft als Verpflichtungen und Belastungen überliefert hatten. Jede simple Identifizierung mit Hitlers außenpolitischem „Programm“ verbietet sich aus offensichtlichen Gründen, es sei denn, man wolle zwischen dem Bemühen um Frieden und dem Hang zum Krieg, zwischen großmächtigem Führungsanspruch und globaler Rassenherrschaft, zwischen der Respektierung und der Mißachtung des Völkerrechts, zwischen dem Eintreten für den Schutz nationaler und rassischer Minderheiten und der Praxis des Genocids nicht mehr unterscheiden. Doch, wie bereits wiederholt angedeutet worden ist, waren diese fundamentalen Differenzen zwischen der Außenpolitik des Diktators und den außenpolitischen Vorstellungen der liberal-konservativen Widerstandskämpfer nicht ausreichend, um Europa zu einer Annahme ihrer Idee vom Reich als kontinentaler Ordnungsmacht bewegen zu können. Gerade diese Forderung war es, die sie daran hinderte, dem Bann der Unvollendetheit zu entkommen, die den deutschen Nationalstaat seit seiner Gründung begleitete und die die europäischen Nationen den mal dumpfen, mal artikulierten Ausdehnungsdrang des kleindeutschen Nationalstaates so fürchten ließ. So ungerecht es wäre, rückblickend die prinzipiellen moralischen Unterschiede zwischen Hitler und Goerdeler übersehen zu wollen, so verständlich dürfte es sein, daß das in entscheidender Zeit allein gegen Hitler kämpfende Großbritannien einerseits und die vom „Dritten Reich“ besetzten Staaten Europas andererseits auch in den Plänen der „Honoratioren“ die bekannte deutsche Gefahr erblickten und ablehnten.¹⁰³ Die Hoffnung der Repräsentanten um Beck, Goerdeler und von Hassell, solche Befürchtungen könnten schwinden, wenn das Reich als Ordnungsmacht Kontinentaleuropas seine machtpolitische Funktion für die Weltmächte in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion gewinnen würde, erwies sich als trügerisch. Zu groß waren das Eigengewicht und die Eigenständigkeit der mit dem Bestand des kleindeutschen National-

Die Geschichtsmöglichkeit der nationalstaatlichen Tradition Europas innerhalb der Résistancen im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung Nachkriegseuropas dürfte in Walter Lippens großem Werk über die Anfänge der europäischen Einigungspolitik nicht ganz angemessen beurteilt und berücksichtigt werden, obwohl er auf das Problem verweist (Lippens: Anfänge der europäischen Einigungspolitik, beispielsweise S. 57 ff.). Der Autor geht von der Überzeugung aus, daß spätestens unter dem Eindruck der Bedingungen des Zweiten Weltkrieges das Prinzip eines supranational organisierten Europa als grundsätzlich überlegene Idee und als allein realisierenswerte Praxis den bis dahin prägenden Nationalstaatgedanken verdrängt habe. Vor dem Hintergrund solcher Annahme schätzt er die Existenz nationalstaatlicher Überlieferungen in erster Linie als beklagenswerte Abweichungen vom Weg nach Europa ein („Der Versuch nochmaliger nationalstaatlicher Politik durch de Gaulle“, S. 193 ff.) oder beurteilt solche Rückfälle hinter die an sich als weitgehend verbindlich bewertete Einsicht in die notwendige und sinnvolle Einigung Europas als Funktionen der Europapolitik der beiden „siegereichen Weltmächte...“, die die Restauration der europäischen Nationalstaaten verfügt hatten“ (S. 639). Dabei dürfte Lippens die Kontinuität und Überlebenskraft des Nationalstaatgedankens in Europa zu gering veranschlagen und vielleicht die nicht zu übersiehende Tatsache doch ein wenig aus dem Auge verlieren, daß der für Europas Einheitslichkeit kennzeichnende Staatenpluralismus historisch sein hervorragendes Merkmal ist und gegenwärtig zu einem bis dato wohl beispiellosen Anwachsen der Zahl souveräner Nationalstaaten in der modernen Welt beigetragen hat. Hierzu Th. Schieder: Zum Problem des Staatenpluralismus in der modernen Welt, Köln/Opladen 1969, S. 7 ff. Zur Dialektik von europäischer Einheit und nationalstaatlicher Vielfalt in der modernen europäischen Geschichte und zum Problem der europäischen Einigung, „auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Staaten... mit dem Ziel der Integration, nicht der Domination“ als „einem dritten Weg“ der Geschichte Europas im Sinne einer „Entscheidung... gegen die Tradition hegemonialer Einheitspolitik“ und „gegen einen Rückfall in die Tradition der vielstaatlichen Machtpolitik“ vgl.: Brucher: Krise, S. 290 ff., hier S. 394.

¹⁰³ Zur zeitgenössischen britischen Haltung vgl. Anmerkung 41; zur Einschätzung der außenpolitischen Zukunftsentwürfe des deutschen Widerstandes durch die stark nationalhistorisch urteilende kommunistische Geschichtswissenschaft in Polen vgl.: Jerzy Kozełski: Polnische Stimmen zum deutschen Widerstand. In: J. Hüter/R. Meyers/D. Papenfuß (Hrsg.): Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Köln/Berlin/Bonn/München 1975, S. 377 ff.; zur Beurteilung der außenpolitischen Zukunftsentwürfe und Aktivitäten des deutschen Widerstandes durch die sowjetische Geschichtswissenschaft siehe beispielsweise: D. Melnikow: Der 20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit. o. O. (Hamburg), 2. überarbeitete Aufl. (1968), S. 66 f., S. 248 f., S. 151 f., S. 153, S. 164, S. 171 ff. und S. 224.

⁹⁷ L. L. Farrar, jr.: The Short-War Illusion. German Policy, Strategy, and Domestic Affairs, August-December 1914. Santa Barbara/Oxford 1973.

⁹⁸ Ebd., S. 151.

⁹⁹ Vgl. dazu M. Baumont: La faillite de la paix (1918-1939), 2. Bde. Paris 4. Aufl. 1960 (Bd. 1) und 5. Aufl. 1968 (Bd. 2); E. H. Carr: International Relations between the Two World Wars 1919-1939, New York 1966; H. Graml: Europa zwischen den Kriegen. München 1969 und - für die zwanziger Jahre - S. Markts: The Illusion of Peace - International Relations in Europe 1918-1933. London 1976.

¹⁰⁰ Herz: Staatenwelt und Weltpolitik, S. 39 ff.

¹⁰¹ Hillgruber: Bilanz des Zweiten Weltkrieges, S. 57 ff.

¹⁰² Das nationalstaatliche Motiv und Ziel europäischer Résistancen gegen Hitlers Deutschland ist beispielsweise für den Definitionsversuch der Begriffe Widerstand und Widerstandsbewegung als maßgebend anzusehen, den Henri Michel vorgeschlagen hat: „Die Widerstandsbewegung ist ein patriotischer Kampf für die Befreiung des Vaterlandes...“ (In: Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, Nr. 8-10, 1963, S. 78, zitiert nach: G. Plum: Widerstandsbewegungen. In: C. D. Kernig (Hrsg.): Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Band VI. Freiburg i. Br./Basel/Wien 1972, Sp. 962). Vgl. auch die Forderung von Seiten eines französischen Widerstandskämpferverbandes nach einer begrifflichen Definition von Widerstand und Widerstandsbewegung: „welche die nationalen Eigengesetzlichkeiten der [Widerstandsbewegung, K. H.] wahr (im Blick auf Frankreich auf traditionellen und emotionalen Patriotismus als Quelle abhebt)“, Ebd., Sp. 961 f. Die Kursivsetzung stammt von mir, K. H.

staates verbundenen Probleme und Gefahren in der europäischen Geschichte des endenden 19. und des 20. Jahrhunderts, als daß man sie irgendwo in Europa und der Welt ausschließlich als eine Funktion im „Kalten Krieg“ zwischen Ost und West hätte bewerten können und wollen.